

Wortprotokoll/ Protokoll

der öffentlichen Sitzung

des Kultur- und Medienausschusses

Sitzungsdatum:	04. Juli 2023
Sitzungsort:	Hamburg, AP6, Sitzungssaal 2.04
Sitzungsdauer:	14:02 Uhr bis 15:57 Uhr
Vorsitz:	Abg. Gabi Dobusch (SPD)
Schriftführung:	Abg. Norbert Hackbusch (Fraktion DIE LINKE)
Sachbearbeitung:	Dr. Monika Potztal

Tagesordnung:

1. [Drs. 22/7232](#) Zukunft der Live-Kultur durch integrierte Stadtentwicklung
(Große Anfrage GRÜNE, SPD)
Hier: Auswertung der öffentlichen Anhörung vom 8. Februar 2023
2. Verschiedenes

Anwesende:

I. Ausschussmitglieder

Abg. Gabi Dobusch (SPD)
Abg. René Gögge (GRÜNE)
Abg. Eckard Graage (CDU)
Abg. Norbert Hackbusch (Fraktion DIE LINKE)
Abg. Regina-Elisabeth Jäck (SPD)
Abg. Farid Müller (GRÜNE)
Abg. Dr. Christel Oldenburg (SPD)
Abg. Arne Platzbecker (SPD)
Abg. Hansjörg Schmidt (SPD)
Abg. Dr. Isabella Vértes-Schütter (SPD)
Abg. Dagmar Wiedemann (SPD)
Abg. Prof. Dr. Götz Wiese (CDU)
Abg. Dr. Alexander Wolf (AfD)
Abg. Peter Zamory (GRÜNE)

II. Ständige Vertreterinnen und Vertreter

Abg. Kirsten Martens (SPD)

III. Weitere Abgeordnete

Abg. Sonja Lattwesen (GRÜNE)

IV. Senatsvertreterinnen und Senatsvertreter

Behörde für Kultur und Medien

Herr	Senator	Dr. Carsten Brosda
Frau	Staatsrätin	Jana Schiedek
Frau	Angestellte	Dr. Sabine Blumenröder
Herr	Senatsdirektor	Hans Heinrich Bethge
Herr	Leitender Regierungsdirektor	Thomas Delissen
Frau	Angestellte	Inga Wellmann
Frau	Oberregierungsrätin	Dr. Astrid Bernicke
Herr	Angestellter	Lukas Kaiser

Herr Egbert Rühl, Geschäftsführer der Hamburg Kreativ Gesellschaft)
Frau Dr. Katja Wolfram, Leitung Immobilien der Hamburg Kreativ Gesellschaft

Behörde für Stadtentwicklung und Wohnen

Frau	Staatsrätin	Monika Thomas
Frau	Tarifbeschäftigte	Barbara Koller
Herr	Oberregierungsrat	Stefan Mundt

Finanzbehörde

Herr Leitender Regierungsdirektor Arne Kuchenbecker

Sprinkenhof GmbH

Herr Geschäftsführer Jan Zunke

V. Teilnehmerinnen und Teilnehmer der Bürgerschaftskanzlei: Dr. Monika Potztal

VI. Vertreterinnen und Vertreter der Öffentlichkeit

25 Personen

Vor Beginn der Beratung zu TOP 1 kam der Ausschuss überein, sie in einem Wortprotokoll dokumentieren zu lassen.

Zu TOP 1

Vorsitzende: Dann übergebe ich jetzt das Wort an Herrn Senator Brosda.

Senator Dr. Brosda: Vielen Dank, Frau Vorsitzende. Meine sehr geehrten Damen und Herren! Da Norbert Hackbusch jetzt im Prinzip ja schon angekündigt hat, sich nachher auch noch zu Einzelfragen und Einzelinstitutionen fragend zu äußern, will ich so einen Hinweis geben, dass wir mal gucken müssen, wie tief wir dann jeweils bei einzelnen Institutionen auch in der Beantwortung gehen können, weil wir natürlich durchaus auch rechtliche Restriktionen haben zu einzelnen Rechtsfragen, die da teilweise auch betroffen sind. Dann konkret hier sozusagen auszuholen, geschweige denn betriebswirtschaftliche Fragestellungen, die bei geförderten Institutionen ja auch eine Rolle spielen, aber das finden wir dann gemeinsam miteinander raus.

Ich würde anschließend an die Diskussionen, die bei der öffentlichen Anhörung geführt worden sind und bei dem, was wir hier an eindrücklichen Beispielen gehört haben, einfach versuchen, ein paar Themenfelder mal aufzumachen, an denen wir gearbeitet haben. Ich will vorwegstellen, dass natürlich dem Senat seit Langem bewusst ist – und das haben wir ja auch in der ersten Aussprache und Diskussion, die wir hier im Ausschuss zur Großen Anfrage schon miteinander geführt haben, ausgeführt –, dass wir natürlich in einer sich verdichtenden Stadt, die sozusagen ein rasantes Flächenbedürfnis hat, insbesondere was die Aspekte des Wohnens angeht, natürlich in quasi natürliche Konflikte zwischen kulturellen Nutzungen und den Wünschen des Wohnungsbaus und auch der dann rechtlichen Ansprüche, die Menschen, die eine Wohnung bezogen haben, haben, hineinlaufen – und dass wir das sozusagen in zunehmendem Maße tun, indem wir tatsächlich die Bereiche, die so was wie städtische Bruchkanten und Zwischenräume gewesen sind, in denen es vielleicht in früheren Jahren mehr gegeben hat in einer Stadt, die eher geschrumpft ist, als dass sie gewachsen ist, wie sie es in den letzten Jahrzehnten getan hat, dort natürlich auch an einigen Stellen eskalierende Konfliktdynamiken haben mit den entsprechenden Konsequenzen, die wir gehört haben. Was bedeutet, dass private Liegenschafts- und Immobilienbesitzer andere Vorstellungen haben für die sozusagen betriebswirtschaftliche und damit auch gewinn- und profitorientierte Auswertung ihres eigenen Besitzes. Wenn sie dann eben versuchen, dort über Sanierungen auch

kreativwirtschaftliche Zwischennutzung oder Nutzungen aus den Immobilien herauszubekommen, wofür es keinen rechtlichen Rahmen gibt, das zu verhindern, sondern dass natürlich das Recht im Umgang mit dem Eigentum eines jeden Einzelnen ist, was aber dann dazu führt, dass wir in jedem konkreten Fall dann natürlich als Stadt mit den Instrumenten, die uns zur Verfügung stehen, versuchen oder versuchen müssen, neue Lösungen zu finden. Was sich aber zunehmend als schwierig gestaltet, weil man nicht mehr ohne Weiteres die ähnlich gelagerte Halle nebenan hat, auf die man verweisen kann nach dem Muster: Zieht doch dann dahin. Was dann dazu führt – auch das haben wir in den Diskussionen miteinander ja schon ausgeführt –, dass die Kreativ Gesellschaft, die ursprünglich ja mal einen komplett anderen Auftrag haben sollte und eigentlich eher den individuellen wirtschaftlichen Kompetenzaufbau von Kreativwirtschaftsakteuren über Schulungsprogramme und Netzwerkangebote vorwiegend im Blick haben sollte, in den letzten Jahren immer stärker tatsächlich zu einer dann auch immobilienfachlichen Beratung für Kreativwirtschaftsakteure und auch für Kulturakteure geworden ist. Und mittlerweile mit, glaube ich, über fünf Stellen und über sechs Personen tatsächlich konkret auf diesem Thema arbeitet plus das, was dann auch noch sozusagen Egbert Rühl selbst, der ja auch heute hier ist – genau wie Frau Wolfram – dann sozusagen dort einbringt an Engagement und gleichzeitig das, was wir auch über die städtischen Liegenschaft, den LIG, an Zwischennutzung ermöglichen und auch mit der Sprinkenhof, die natürlich aus dem städtischen Besitz etliche Immobilien auch einer Kultur- und Kreativnutzung zuführen kann. Aber die Möglichkeiten dieses Konglomerats sind endlich und die Frage, wie wir darüber hinaus es hinbekommen zu sagen, kreativ- und kulturfreundliche Perspektiven innerhalb der Stadtentwicklung dann auch beschreiben zu können, ist ein bisschen die Aufgabe, vor der wir momentan verstärkt stehen.

Die Bereiche, die ich ansprechen will, die ich rausgehört habe jenseits der konkreten Einzelfragen nach dem Muster „Wir müssen da gerade raus und müssen dahin“ – da hatten wir beispielsweise sozusagen in der Anhörung ganz besonders deutlich das Thema Mundhalle gerade vor Augen, das wir mittlerweile ja durchaus auch gelöst haben, weil wir dort eine Zwischennutzung zumindest gefunden haben an anderer Stelle, bevor es dann hoffentlich irgendwann auf die endgültige Fläche am Holzhafen geht, die damals ein Thema war, will ich eher auf übergeordnete Themen eingehen.

Das eine übergeordnete Thema sind die Bereiche, wo wir als Hamburg eine politische Meinung in einem gesellschaftlichen bundesweiten Willensbildungsprozess haben können, die wir auch zum Ausdruck gebracht haben, wo wir aber am Ende darauf angewiesen sind, dass wir auch bundesgesetzliche rechtliche Rahmenbedingungen geschaffen bekommen. Da geht es insbesondere um die Frage, werden eigentlich künftig bestimmte kulturelle Nutzungen, die momentan noch dem Unterhaltungsgewerbe zugeordnet werden, als tatsächliche Kulturbetriebe dann auch betrachtet, die Diskussion darüber Klubs, als Kulturorte, etwas, was wir in eine entsprechende Novellierung auf Bundesebene eingebracht sehen wollen. Da haben wir als Hamburg uns auch immer klar zu geäußert, dass wir das in der Sache für richtig halten, dass das passiert. Eine solche Novelle ist für diese Legislaturperiode im Bund auch durchaus angesetzt und wir hoffen sehr, dass das dort passiert.

Ich will nur ein bisschen – dazu kann Monika Thomas sicherlich in den Fragen dann auch näher ausführen – warnen davor zu glauben, dass das so wahnsinnig viele faktische Probleme löst unterhalb der rechtlichen Anerkennung, die sich damit verbindet. Viele der Abwägungsfragen hinsichtlich der Konflikte, die sich zwischen Wohnen und auch Kulturnutzung ergeben, bleiben die gleichen. Was ich durchaus aus der Kulturbehörde heraus und mit Hinweis auf die vielen Kulturbetriebe, die wir haben, die Kulturbetriebe sind und als Kulturbetriebe betrachtet werden, dann auch beschreiben kann. Da haben wir nämlich die gleichen Konflikte. Man kann unter Umständen ein bisschen, ich sage mal, Leverage in der öffentlichen Debatte gewinnen. Ob man wirklich tatsächlich vor Gericht in

einer Abwägung zu veränderten Bewertungen kommt, ist eine offene Frage. Das ist etwas, was man miteinander sich angucken muss. Wir finden es aber durchaus in der Sache richtig, an dieser Stelle nicht mehr sozusagen jahrzehntelang gewachsene und einem bestimmten engen Kultur- und Kunstverständnis folgende sozusagen Differenzierungen jetzt noch zwingend im Baurecht aufrechtzuerhalten, da kann man zu Veränderungen kommen, ja durchaus auch ...

(Zuruf: Entschuldigung, ich glaube, hier oben wird es nicht verstanden, sie hören nichts!)

Ja. Mein Mikro ist an, hier unten höre ich auch, dass irgendwelche Lautsprecher funktionieren.

Vorsitzende: Ja. Frau Potztal klärt das. Und vielleicht kann Herr Senator auch einfach etwas lauter sprechen, das hilft vielleicht auch.

Senator Dr. Brosda: Also ich glaube, wenn ich lauter in dieses Mikrofon spreche, beschweren sich Menschen, die hier unten sitzen. Aber ... Gut. Also das wäre der erste Punkt, der Bereich der Rechtsfragen.

Der zweite Punkt ist der, der ja letztlich als Überschrift über der ganzen Thematik steht. Das ist das, was wir als Stadt mit Blick auf die Stadtentwicklungspolitik machen können und wie wir tatsächlich bei der Entwicklung vor allen Dingen neuer Quartiere im Rahmen einer integrierten Stadtentwicklungspolitik auch kulturelle Flächenbedarfe von vornherein zum Gegenstand dann auch der jeweiligen Planungsgrundlagen machen. Dort sind wir – nehmen Sie das Beispiel Oberbillwerder oder andere größere Komplexe – durchaus dabei, genau das zu tun. Auch in der HafenCity ist das bei neueren Genehmigungsverfahren eigentlich regelhaft der Fall, dass, wenn wir Anhandgaben machen, wir dort auch insbesondere mit Blick auf die Erdgeschossnutzung zu Übereinkünften kommen, wie man auch innerhalb des Bauprojektes zu quersubventionierten Flächen kommt, weil natürlich nicht nur die Frage ist, sehe ich die Fläche vor, sondern vor allen Dingen auch die Frage ist, wie ist immobilienwirtschaftlich die Fläche dann auch so abbildbar, dass sie am Ende bezahlbar ist für ein Geschäftsmodell, das nicht die Renditen erbringt, die andere gewerbliche Nutzungen erbringen würden. Aber ein Geschäftsmodell, das wir gleichwohl sozusagen mit Blick auf die Stadtentwicklung und mit Blick auf lebendige Quartiere und mit Blick auf gemischte Quartiere und mit Blick auf wieder eine Entdifferenzierung von über Jahrzehnten hinweg differenzierten Bereichen von städtischem Leben dann wieder zueinander zu bringen. Denn Nutzungen sind, das ist eine Aufgabe, vor der stehen wir, wo wir gerade auch mit der Stadtentwicklungsbehörde in den letzten zwei Jahren zu praktischen Übereinkünften gekommen sind, wie Beteiligungsformate auch aussehen, wie die Kreativ Gesellschaft regelhaft zum Akteur in solchen Flächenentwicklungspotenzialen wird, wenn es um neue Flächen geht. Das wird sicherlich weitergehen und kann intensiviert werden und wird auch intensiviert, weil die Übereinkunft dort gegeben ist, dass das etwas ist, was wir miteinander auch entwickeln müssen.

Zweiter Punkt, der da eine Rolle spielt, ist überall dort, wo wir nicht neue Quartiere entwickeln, sondern wo wir quasi im Bestand eine Nachverdichtung vorfinden oder wo wir darüber reden, wie wir sozusagen solche Quartiere wieder entstehen lassen, auch in städtischen Strukturen, die diese Mischung früher schon mal vorgesehen haben. Dabei helfen uns Instrumente, wie das ja schon bereits aufgebaute Clubkataster, das eine Möglichkeit vorsieht, tatsächlich zumindest in Planungsprozessen zu sehen, was ist denn da schon vor Ort, um einfach eine höhere Transparenz und höhere Informationsdichte in Planungsprozessen, Entwicklungsprozessen zu bekommen, um einfach zu sehen, in welchem Quartier entwickle ich eigentlich gerade überhaupt, wie bewege ich mich dort in der Stadt weiter. Die Daten werden dort ja gerade aufgebaut und eingepflegt, und dann

auch hoffentlich à jour gehalten, sodass wir dort einen besseren Überblick bekommen, insbesondere, was nachkulturelle Nutzung angeht, die ja immer mit Blick auf die konkreten Konflikte ein Thema ist, das wir dort regelhaft haben.

Und das Zweite, was dabei eine Rolle spielt, ist die Frage, wie aktivieren wir auch Mittel, die zur Verfügung stehen können, um bereits bestehende Kulturnutzungen, die drohen, in Konflikte zu geraten oder schon in Konflikten sind aufgrund der Lärmentwicklung, entsprechend mit Investitionsmitteln auszustatten, damit wir dort zu einer sozusagen besseren Schallschutzsituation vor allen Dingen kommen.

Da haben wir uns in den letzten Jahren vorwiegend des Sanierungsfonds der Bürgerschaft bedient. Die Bürgerschaft hat dann entsprechende Beschlüsse gefasst in Abstimmung und auf der Grundlage von sozusagen Erhebungen, die die Clubstiftung vorgenommen hat, die sozusagen gemeinsam mit den Klubs erörtert hat, wo die Sanierungsbedarfe groß sind.

Wir haben dort ein Thema, das noch nicht gelöst ist, wo wir in der Arbeit sind, was die Frage der Abwicklung der Investitionszuwendungen angeht, weil wir natürlich eine Landeshaushaltsordnung zu berücksichtigen haben, weil wir Bauvorschriften zu berücksichtigen haben, die ein relativ geordnetes Verfahren im Umgang mit städtischem Geld, das in investive Baumaßnahmen fließt, vorsehen, das relativ komplex ist und vor allen Dingen dann relativ komplex wird, wenn wir sagen, eigentlich soll die Clubstiftung diese Mittel gesamthaft verhalten und gesamthaft für die Stadt einsetzen. So. Dort sind wir seit Längerem in einem Gespräch mit den sozusagen Gralshütern der Bau- und Haushaltsordnungsvorschriften, der Kulturbehörde und der Clubstiftung und haben, muss man fairerweise dazu sagen, noch keine rechtskonforme Lösung gefunden, sind aber guter Dinge, dass uns das noch gelingen wird, sodass wir dann dort auch vorankommen werden. Aber das ist ein echtes Thema, was wir momentan dort haben, weil die Vorschriftenlage nicht zwingend zur Lage praktisch auf dem Platz passt. Das ist sozusagen etwas, was wir in einem so hoch verdichteten Rechtsstaat wie der Bundesrepublik häufig erleben. Und das ist eines der vielen dann auch die Politik hochgradig erfreuenden Beispiele, wo der Rechtsstaat sich Vorschriften ausgedacht hat, die sicherlich Sinn haben, der sich aber nicht zwingend immer sofort auf den ersten Blick erschließt, wenn man konkret miteinander sitzt und was gemeinsam machen will. Das ist sozusagen eines der Themen, das wir dort haben. Wenn wir das gelöst haben, werden wir hoffentlich auch in den Zuwendungsgeschäft dort weiterkommen.

Zwei weitere Bereiche haben wir uns zwischen der Stadtentwicklungsbehörde und der Kulturbehörde, aber auch den weiteren Beteiligten, vorgenommen, in der Folgezeit zu entwickeln. Das eine ist die Frage: Wie können wir auch noch mal anders umgehen mit unseren städtischen Flächenpotenzialen? Also die Vereinbarung ist eigentlich und die Überlegung, dass wir eine gemeinsame Runde einrichten, die einmal im Jahr zusammenkommt, wo wir auf die städtischen Flächenpotenziale gucken, die wir gegebenenfalls für eine kreativwirtschaftliche Zwischennutzung oder gegebenenfalls sogar für kreativwirtschaftliche Dauernutzung, je nachdem, was wir dort für Rahmenbedingungen haben, entwickeln können, wo es uns insbesondere um die städtischen Liegenschaftsbesitzer und sozusagen Immobilienbesitzer geht, um dann gemeinsam zu gucken, was geht dort, wie können wir dort Flächenpotenziale aktivieren, das nach Möglichkeit auch gemeinsam mit Kultur- und Kreativakteuren an diesem Tisch dann zu entwickeln. Da sind die Stadtentwicklungsbehörde und wir gerade dabei, einen Vorschlag zu erarbeiten, wie ein solcher runder Tisch aussehen könnte.

Und das Zweite ist die Frage, wie wir ein Instrument entwickeln, in dem wir besser mit den konkreten, praktisch auftretenden Konflikten bei bereits bestehenden Kulturnutzungen umgehen können. Das ist ein Thema, was wir immer ja wieder haben, wo wir schon sehen, dass es natürlich eine sozusagen auch sehr klare Rechtslage gibt. Aber unter Umständen

will ich nicht abhalten oder ablassen von der Annahme, dass, wenn man vorher miteinander spricht, dann unter Umständen auch rechtliche Klärungen dadurch beseitigen kann, dass man früher in der Planung anders aufeinander eingeht, oder dass man auch zu Vereinbarungen kommt in der Nachbarschaft, die dann doch unter Umständen dazu führen, dass diejenigen, die vor 20 Jahren mal, um es mal praktisch zu machen, wegen eines Klubs in eine Nachbarschaft gezogen sind und sich jetzt 20 Jahre später wünschen, dass dieser Klub, der ursprünglich mal der Grund war, dort hinzuziehen, weggeht, weil sie es jetzt gern ruhiger hätten, sich vielleicht doch mit dem Umstand, dass sie in der Stadt leben, arrangieren können und man zu Rahmenbedingungen kommt, die unter Umständen über investive Maßnahmen, über Vereinbarungen dazu kommt, dass wir eine Koexistenz von Leben und auch Kultur und kultureller Nutzung in der Stadt besser schaffen, als das bisher der Fall ist. Ich glaube, das geht nicht ausschließlich auf dem rechtlichen Wege, weil, da gibt es klare Regeln, die wird man auch nicht aufgeben können, aber es geht unter Umständen verstärkt auch auf dem Vereinbarungswege, zumindest muss man diesen Prozess mal anstoßen und mal gemeinsam miteinander gehen, ob wir insbesondere mit Blick auf den Zusammenhang von Nachtkultur und Nachbarschaft dort vielleicht zu anderen Rahmenbedingungen kommen, als das bisher der Fall ist. Das betrifft dann noch mehr Behörden als die, die hier am Tisch sitzen, weil wir dann natürlich auch noch die Umweltbehörde brauchen, die für die Lärmschutzmaßnahmen zuständig ist, und weil wir die Bezirke brauchen, die in der konkreten Anwendung dieses Rechts in den jeweiligen konkreten Nachbarschaften verantwortlich sind. Aber auch dafür etwas zu entwickeln, wo Akteure und sozusagen die verschiedenen staatlichen Behörden mit an einem Tisch sitzen, um gemeinsam nach Wegen zu fahnden, wie wir damit umgehen können, ist auch etwas, was wir angehen wollen.

Ob das klappt, kann ich nicht sagen, aber den Versuch, es zu unternehmen angesichts auch der vielen Beispiele, die wir gehört haben während der Anhörung von genau solchen konkreten praktischen Konflikten, ist es allemal wert. Insofern würden wir da nichts unversucht lassen wollen, in einer sich weiterhin verdichtenden und nach innen wachsenden Stadt kulturelle Nutzung überall da, wo sie möglich ist, auch tatsächlich zu ermöglichen und wo die Flächenpotenziale da sind, wo wir jetzt auch schon kulturelle Nutzung haben, wo aber gleichzeitig Quartiere sich um diese Kulturnutzung herum verändern. Wo wir natürlich nicht wollen, dass die Konsequenz der Veränderung der Quartiere der Verlust der Kultur ist, die unter Umständen erst der Auslöser für die Quartiersveränderung überhaupt gewesen ist ein Mechanismus, den wir in der Vergangenheit oft erlebt haben, den man als Gentrifizierung auch deutlich beschreiben könnte.

Wir hoffen sehr, dass wir da gemeinsam miteinander unter gesetzlichen und vielleicht auch unterhalb von rechtlichen Regelungen auch zu besseren Vereinbarungslagen kommen können. Das auszuprobieren, ist auch etwas, was wir uns miteinander vorgenommen haben.

Vielleicht nur so viel als Einstieg, und ich bin mir sicher, es gibt viele Fragen.

Vorsitzende: Ja. Vielen Dank, Herr Senator. Das war ja schon mal ein sehr ausführlicher Einstieg. Ich beobachte in der Zwischenzeit auch die Technik sozusagen. Ich hoffe, dass sich das Problem da oben mit dem Ton ... Genau, ich kriege Zeichen, es hat sich gut entwickelt. Wunderbar.

Dann fahren wir jetzt tatsächlich fort mit den Fraktionen, denen ich ja angekündigt hatte, dass ich in der üblichen Reihenfolge allen die Gelegenheit geben würde, ein Statement abzugeben. Ich habe auch einzelne Wortmeldungen schon gesehen, da müssten Sie mir dann im Verlauf des Verfahrens signalisieren, ob Sie sozusagen danach noch mal weitersprechen oder jetzt in der ersten Runde.

Zuerst hat jedenfalls Hansjörg Schmidt für die SPD-Fraktion das Wort.

Abg. Hansjörg Schmidt: Ja. Vielen Dank, Herr Senator, und vor allen Dingen erst mal vielen Dank an die Teilnehmenden der Anhörung, weil, ich glaube, das war schon sehr beeindruckend, a) die Spannbreite dessen, was uns da vorgestellt wurde, als auch die Tiefe dessen, was uns da vorgestellt wurde. Also man hat da ja tatsächlich, auch wenn wir jetzt hier ja alles Expert:innen sind auf dem Gebiet, doch noch mal das sehr eindrücklich vor Augen geführt bekommen, wie die Hamburger Kulturszene in diesem Bereich unterwegs ist, wie gut auch organisiert sie sind, dass sie auch in der Lage sind, da ihre Bedürfnisse und Anforderungen auch so zu artikulieren, dass wir auch damit was anfangen können. Da gibt es manchmal ja auch, gerade wenn das so (...) manchmal sehr kleinteilige Anmeldungen, aber das war hier wirklich sehr beeindruckend und auch sehr, sehr gut.

Wir haben zumindest bei uns in der Fraktion da auch sehr ausführlich immer wieder drüber gesprochen. Ich persönlich fand es dann auch noch mal als jemand, der aus Hamburg-Mitte kommt, erstaunlich, wie sich gerade in Hamburg-Mitte auch die Szene verbreitert hat. Also, als ich noch in der Bezirksversammlung war, war die Kulturszene sehr stark auf das Gebiet um St. Pauli herum konzentriert und mittlerweile reden wir eben auch über eine sehr breite Kulturszene in Hamm, in Rothenburgsort, in Wilhelmsburg. Da hat sich doch vieles in den letzten Jahren sehr stark entwickelt. Das begrüßen wir absolut, das finden wir auch gut und das haben wir natürlich ja auch auf den unterschiedlichsten Ebenen auch immer mal wieder gefördert, wo wir dann eben auch genau über die Punkte jetzt natürlich auch dann reden, über die wir jetzt hier reden, weil, das eine ist eben Zwischennutzungen zu fördern oder Dinge auch möglich zu machen, wohlwissend, dass man eventuell zu einem späteren Zeitpunkt auch immer mal wieder dann in Konfliktsituationen reinkommt. Dann ist es immer Aufgabe von Politik und Verwaltung eben zu gucken, wie kann man diese Konflikte auch wieder auflösen. Das macht es dann nicht einfacher, wenn man immer mehr fordert, aber wir leben ja davon, dass wir uns das Leben nicht einfacher machen, sondern eben an den Aufgaben wachsen.

Das mal so vorweggeschickt. Also insofern noch mal vielen Dank an alle Beteiligten für das Engagement und ich hoffe, dass wir auch über den Tag hinaus, über solche Anhörungen auch immer weiter dort im Gespräch bleiben, weil ich glaube, das ist auch einer der Schlüssel zur Lösung zahlreicher Probleme, dass man tatsächlich sehr, sehr viel im Dialog ist.

Wir sehen ja auch, dass wir noch mal Menschen und Institutionen noch stärker miteinander verknüpfen müssen, die nicht per se immer institutionalisiert im Dialog sind. Also, sprich, die Bezirke sind ohnehin ja immer sehr stark im Dialog, wenn es um Bebauungspläne geht. So. Aber bei öffentlichen Anhörungen, die gesetzlich vorgeschrieben sind zu Bebauungsplänen, kommen doch sehr häufig die üblichen Beteiligten oder die üblichen Verdächtigen, also natürlich Projektentwickler und Ähnliches und unmittelbar betroffene Bürgerinnen und Bürger, aber nicht immer hört man zum Beispiel eine laute Stimme der Kultur. Das würde uns, glaube ich, auch helfen. Das würde auch den Kommunalpolitikern, also das sind ja nicht wir hier in der Bürgerschaft, die die B-Pläne machen, sondern das machen die Bezirksversammlungen, aber das würde dort, glaube ich, auch noch mal die Awareness für solche Themen auch noch mal stärken. Insofern kann ich da nur jeden auch immer motivieren und auffordern, sich eben gerade an diesen öffentlichen Anhörungen auch sehr stark zu beteiligen. Die Frage ist, wie man das noch mal besser institutionalisieren kann bei Verbändeanhörungen und so was. Da schreibt das Gesetz einiges vor, aber manchmal ist ja auch ein Verteiler von einem Bezirksamt für eine Einladung zu so einer öffentlichen Anhörung auch ganz hilfreich, wenn da eben auch noch mal ein paar Kulturinstitutionen draufstehen und die das dann an ihre

Klientel weiterleiten können. Dass mal so ein bisschen so Softthemen, die man da sicherlich noch bewegen kann.

Die konkreten Fragen, die wir natürlich haben, sind: Wie kann man Probleme noch stärker antizipieren? Wie können wir im Vorfeld Dinge noch besser monitoren? Da wäre eben zum Beispiel die Frage, wenn die BKM Bebauungspläne im Entwurf zugeschickt bekommt, wie stark dann zum Beispiel die Rückkopplung jeweils stattfindet, wie man das an der Stelle noch verbessern kann, wo eventuell wir auch noch mal aus der Politik der BKM und der Verwaltung im Hintergrund da auch noch mal den Rücken stärken können bei solchen Sachen.

Wir haben also die konkrete Frage, wie sich das eigentlich in den letzten Jahren entwickelt hat, das Zusammenspiel zwischen BKM, BSW und vor allen Dingen den Bezirken. Sieht sich die BKM überhaupt in der Lage, da ist die Personaldecke ja auch nicht immer so ausgiebig und angesichts dessen, was wir an Hülle und Fülle auch an Bebauungsplänen in den letzten Jahren umgesetzt und aufgestellt haben, um zum Beispiel das Thema Wohnen voranzutreiben, wäre da einfach die Frage, wie man da den Dialog auch noch stärker verknüpfen kann.

Ein weiterer Punkt, um den es immer geht, dort, wo Institutionen schon länger sind, und dann eben Wohnbebauung oder andere Nutzung stärker heranrückt, und dann eben die Konflikte auftreten, da ist ja in der Großen Anfrage das Beispiel aus München genannt mit diesem, ich weiß nicht, wie der ..., AKIM oder so was, eine Abkürzung war da, wie Sie das eigentlich noch mal bewerten oder welche anderen Konfliktlösungsmechanismen und Dialogorientierungen Sie da hinbekommen.

Im Einzelfall sehe ich ja, dass dann immer alle bemüht sind. Also, das letzte Beispiel, an dem wir hier auch konkret ja beteiligt waren, war die Diskussion um die "Stubnitz" im Hafen, angrenzend an die HafenCity, wo wir ja hier als Bürgerschaft und Kulturausschuss uns in der Vergangenheit schon sehr stark bemüht haben. Carsten Brosda hat eben schon gesagt, Sanierungsfonds morgen in der Bürgerschaft, haben wir dazu einen weiteren Sanierungsfonds Antrag, um eben diesen Kulturort auch weiter zu schützen und weiterzuentwickeln. Aber das ist ja so der klassische Konfliktfall. Da war das dann eben so, dass alle ja sehr stark bemüht waren und jetzt mal eine Lösung gefunden haben interimsmäßig.

Aber da ist natürlich schon die Frage, ist es überhaupt realistisch zu glauben, dass man das immer alles im Vorfeld schon ausräumen kann, oder müssen wir einfach auch ein Stück weit uns daran gewöhnen, in einer sich stark verändernden Stadt mit zahlreichen Zielvorstellungen und Zielkonflikten, dass man doch dann tatsächlich immer den Einzelfall auch betrachten muss. Meine Wahrnehmung ist, dass dann alle auch immer sehr stark gewillt sind, diesen Einzelfall dann auch zu lösen. Also vielleicht müssen wir an der einen oder anderen Stelle auch alle einmal gemeinsam ein bisschen unaufgeregt da mit den Themen ..., sondern einfach zu sagen, wir haben das, glaube ich, mittlerweile in dieser Stadt geschafft, ein Grundverständnis für Kultur und für Kulturorte hinzubekommen. Das war vor 20, 25 Jahren, als ich als junger Mensch in der Politik angefangen habe, noch nicht immer so der Fall. Da war der Kampf viel, viel größer. Ich will jetzt nicht sagen, dass wir alle wieder in den Winterschlaf verfallen dürfen, aber eben einfach zu sagen, es gibt hier ein Grundvertrauen, weil die Stadt sich einfach sehr positiv diesen Themen geöffnet hat.

Und dann eben die Frage, welche Werkzeuge brauchen wir noch, wo müssen wir Dinge nachschärfen, wo braucht es ..., an welcher Stelle muss es noch besser werden. Das ist so ein bisschen die Diskussion, die sich wie ein roter Faden, glaube ich, durch die letzten Jahre durchzieht, und wo wir gucken müssen ..., oder gibt es Hinweise jetzt auch von den

Beteiligten, auch Hinweise in der Großen Anfrage und bei der Anhörung hier? Ich finde das ein sehr, sehr gutes Format, was wir da gefunden haben.

Vorsitzende: Ja, vielen Dank, Herr Schmidt, für dieses Statement, die Anregungen auch für die Fragen. Die Fragen würde ich einmal wieder zurückstellen und einfach ein bisschen sammeln. Bei den GRÜNEN ist mir jetzt nicht ganz klar, Herr ... Frau Lattwesen, ja, bitte, Sie haben das Wort.

Abg. Sonja Lattwesen: Ja, vielen Dank. Ich möchte mich auch zunächst beim Senat bedanken, also erst einmal für die Bearbeitung vor allen Dingen in dieser Tiefe. Wir haben ja auch tatsächlich in dieser Tiefe mannigfaltige Probleme dann eben auch über das vergangene halbe Jahr dort festgestellt und eben, dass diese Fragen dann auch in dieser Tiefe und auch in diesen Details bearbeitet worden, vielen Dank dafür. Eben auch vielen Dank für Ihre einleitenden Worte, Herr Kultursenator. Mich als stadtentwicklungspolitische Sprecherin freut natürlich besonders, dass Frau Staatsrätin Thomas hier heute ist und eben auch, dass wir Akteure wie die Sprinkenhof oder die Kreativ Gesellschaft heute hier haben. Das zeigt ja auch, welche Bedeutung dieses Thema in der gesamten Stadt hat.

Was ich während der Anhörung von den Beteiligten gelernt habe, ist eben, dass außer den Klubs, die jetzt ja auch schon mehrfach genannt worden sind, auch zu den Fragestellungen und Problemstellungen gehört, wo sind Proberäume. Das ist ja auch etwas, was uns auch in der Stadtentwicklung schon öfters präsentiert wird, dass gesagt wird, ja, wenn wir jetzt aber diese oder jene Fläche eben umnutzen und dort jetzt Wohnungen hinmachen, dann fallen aber durch diesen Bunker, der dort wegkommt, dann soundso viele Proberäume weg. Das ist ja auch für Bezirkspolitiker:innen kein neues Feld. Aber eben auch, dass Kulturflächen, Studios, Galerien, Büroräume auch dazugehören. Das ist auch tatsächlich eine Herausforderung, die in dieser Tiefe auch mich überrascht hat. Und auch, wie das in der Anhörung eben hier benannt worden ist. Also von daher haben wir da noch, glaube ich, vielfältige Herausforderungen in der nächsten Zeit. Da ist es ja auch gut, dass das eben so benannt worden ist.

Die Kreativwirtschaft, die zeigt sich ja dann auch oft, dass sie Mieter:innen sind an Stellen, an denen man das nicht dachte. Also dann in einem Gewerbegebiet ist dann dort ein innovativer privater Vermieter und plötzlich hat man dann dort außer dem Gewerbe dann eben auch noch Kreativnutzung drin oder ein Musikstudio oder einen Proberaumkomplex, und dann gibt es dort plötzlich eben dann Lärmbeschwerden, wenn dort die Wohnnutzung heranrückt. Das ist ja auch ein Aspekt, der auch in diesen letzten Wochen, Monaten sehr klar geworden ist.

Etwas, was auf Bundesebene demnächst novelliert werden wird, ist die TA Lärm und dem schließe ich jetzt tatsächlich auch noch eine Frage an, nämlich: Wie weit ist die Arbeit an der TA Lärm auch im Senat vorangeschritten?

Und auch bei den Nutzungskonflikten eben in Gewerbe- und Industriegebieten, wo teilweise ja auch Kreativnutzung nicht ursprünglich vorgesehen ist, habe ich eine Anschlussfrage, ob der Senat und wie der Senat das bearbeiten möchte. – Danke schön.

Vorsitzende: Ja, vielen Dank, Frau Lattwesen. Die Fragen, wie immer, zurückstellen. Genau, da kommen wir noch einmal darauf zurück. Dann hat das Wort jetzt Herr Graage, wenn er möchte.

Abg. Eckard Graage: Ja, schönen Dank, Frau Vorsitzende. Ich möchte mich auch noch einmal bedanken, auch an die, die zum Teil nicht dabei sind, und die Teilnehmer dieser Sitzung, die wir dort gemacht haben mit denen, mit den Fachleuten und auch die unsere Gedanken ... bei allen möchte ich mich auch bedanken, die hier gemacht worden sind.

Weil, das ist ja etwas relativ Neues, was wir hier machen. Vielen Dank für Ihre Worte, Herr Senator, die beschrieben haben, welche Problematik das Ganze hat. Da kommt bei mir so der Verdacht auf, kann, oder die Bedenken auf: Kann denn Behörde so etwas? Können wir in Ihrer Behörde da etwas machen? Denn wir bewegen uns ja in einem Terrain, das sich ständig bewegt. Man kann Kultur planen oder man kann sie nicht planen. Wird diese Planung angenommen in einem Stadtteil im Rahmen der Bebauungsplanung? Entwickelt sich Kultur möglicherweise völlig anders? Wie müssen wir reagieren? Diesen flexiblen Bereich, den müssen wir irgendwie – in den Griff kriegen, kann man nicht sagen –, aber betreuen, sodass das zu einem guten wird. Da fehlt mir im Augenblick selbst – das gebe ich zu– noch die Fantasie, wie man so was machen kann. Wir haben so einige Vorschläge im Kopf dazu, dass man hier ein Gremium bilden könnte, was unterhalb der Verwaltung arbeitet. Aber auf der anderen Seite frage ich mich: Wäre Verwaltung dann in der Lage, so was mit zu managen? – Vielen Dank.

Vorsitzende: Ja, vielen Dank, Herr Graage. Dann hat Herr Hackbusch jetzt das Wort.

Abg. Norbert Hackbusch: Ja, vielen Dank, Frau Vorsitzende. Ich muss auch sagen, ich finde die Anhörung, die wir hier durchgeführt haben, ist ein sehr wertvolles Dokument über die gegenwärtige Situation, die wir im kulturellen Bereich in vielen Punkten in Hamburg haben, und von daher schon sehr wertvoll auch in ihrer Vielfalt gewesen. Ich freue mich auch immer über die freundlichen Worte des Senators, muss aber feststellen, dass sie an dieser Stelle sehr allgemein waren und sehr wenig konkret. Von daher will ich noch einmal so ein bisschen auf die Situation eingehen.

Was wir festgestellt haben in der Anhörung, ist, dass es hier große Schwierigkeiten gibt, und zwar deswegen, weil die Kulturbetriebe durchaus unabhängig von Politik bestimmte Räume gefunden haben, dort sich ausbreiten konnten, das dies ein sehr wichtiger Teil der Stadtkultur geworden ist, also der gesamten Stadt geworden ist, und gegenwärtig in Schwierigkeiten in vielen Fällen gekommen ist. Und zwar so in Schwierigkeiten, dass sie die Unterstützung der Politik, also des Senats, brauchen, um in der Lage zu sein, diese gegenwärtigen Schwierigkeiten, in irgendeiner Form damit zurechtzukommen zu können. Das, finde ich, ist ein sehr wichtiges Moment. Weil, es ist ja nicht unbedingt, dass wir den Raum dafür gegeben haben, sondern sie haben sich häufig selbst gefunden. Aber die sind jetzt in Konfliktschwierigkeiten und das heißt, dass insgesamt etwas gemacht werden muss, vom Senat, von der Politik, um diese Schwierigkeiten zu lösen. Das finde ich gedanklich sehr wichtig, dass es dort eben dieser Unterstützung gegenwärtig bedarf. Und dementsprechend auch die Aktivität der Kulturbehörde beziehungsweise des Senats in seiner ganzen Vielfalt, um dort etwas machen zu können.

Da will ich auch noch einmal auf einzelne Punkte eingehen, die besonders wichtig sind davon. Das eine ist, und da die konkreten Nachfragen auch: Es ist schon wichtig, dass diese Klubs – das war ja ein wichtiger Teil der Darstellung auch – eben als kultureller Zweck anerkannt werden. Das ist ja eine durchaus wichtige Auseinandersetzung auf Bundesebene. Da haben Sie jetzt eben gesagt, das ist irgendwie im Fluss, aber man solle sich nicht so viel davon versprechen. Mich würde noch einmal interessieren: In welchem Fluss ist es und was macht der Senat gegenwärtig? Erreichen wir in diesem Jahr noch den Status bei der Ampelkoalition, um in der Lage zu sein, das erreicht zu haben?

Das Zweite, was mir auffällt und was auch deutlich ausgedrückt worden ist, ist eigentlich die Situation im Zusammenhang mit der Kreativ Gesellschaft, wo ich leider den Eindruck bekommen habe, die Kreativ Gesellschaft mit ihren Mitteln ist nicht in der Lage, obwohl sie sich gegenwärtig anstrengt, das Problem in irgendeiner Form zu lösen oder überhaupt, man muss sagen, in breitem Bereich dort gegenwärtig unterstützen zu können. Zwar durchaus unterstützen, aber da gibt es viele Schwächen. In den einzelnen Darstellungen, die wir mitbekommen haben, tauchte die Kreativ Gesellschaft viel weniger auf, als ich mir

das eigentlich vorgestellt habe. Das finde ich durchaus ein Problem und eine Sache, die wir als Instrument diskutieren müssen. Und im Gegensatz, Herr Brosda: Als die Kreativ Gesellschaft eingerichtet worden ist, war die Frage der kulturellen Räume und dessen, wie eigentlich eine Kultur in dieser Stadt geplant werden kann, eines der zentralen Momente, die die Kreativ Gesellschaft mit lösen sollte. Da gab es so schöne Grafiken, wo man überall Kultur in dieser Stadt wie entwickeln sollte, und das war die Grundlage dessen, die Kreativ Gesellschaft gegründet zu haben. Von daher ist es, finde ich, ein sehr wichtiger Punkt und das ganze Problem auch der Zwischennutzung ja deutlich geworden ist, auch anhand der Beschreibung der Situation des Sporthauses Karstadt, also des Jupiter-Projekts, wo man feststellt, wie kurzfristig immer die Kulturellen dort etwas an Problemen lösen sollen. Dann müssen alle zum 1. Januar wieder raus, dann wird neu etwas gefunden und die Kreativen sollen immer so schnell reagieren und in der Lage sein, diese kurzfristigen Zwischennutzungen auch füllen zu können, und ja auch deutlich dargestellt, dass das in weiten Bereichen – das war ja auch in der Anhörung zu sehen – gar nicht möglich gewesen ist. Dementsprechend sind das Anforderungen an Zwischennutzungen, die die Kulturellen immer so erlösen und erfüllen können, die eigentlich gar nicht in dieser Form zu erfüllen sind, die brauchen ja viel längere Planungssachen auch, wie wir das eben wissen und nicht immer nur für ein halbes Jahr oder ein Jahr, sondern durchaus zwei oder drei Jahre. Das, finde ich, ist ein struktureller Mangel.

Ich will als Letztes, ich habe nachher noch ein paar kleine Punkte, aber ein großes Flächengebiet ist ja sehr deutlich aufgefallen, und das war der gesamte Bereich Rothenburgsort, im breiteren Sinne. Dort gibt es unheimlich viele Einrichtungen, die gegenwärtig bedroht sind, die umziehen müssen. Gibt es da irgendeine Überlegung und irgendeine Möglichkeit gerade in diesem Bereich, der ja auch praktisch städtisch geplant wird, wo man überlegt, wie man dort weitergehen kann? Wir haben dort ja allein drei, vier, fünf Einrichtungen gehabt, die ihre Schwierigkeiten hier dargestellt haben. Gibt es dafür in gewisser Weise neue Überlegungen oder stärkere konkrete Pläne? So weit erst mal.

Vorsitzende: Ja, vielen Dank, Herr Hackbusch. Wir sind immer noch bei den Statements der Fraktionen. Herr Wolf, ja.

Abg. Dr. Alexander Wolf: Vielen Dank, Frau Vorsitzende. Ja, die Anhörung war interessant. Sorgen und Nöte der Klub- und Kulturszene und die Wünsche an die Politik. Natürlich ergab es in wesentlichen Teilen, dass die Klub- und Kulturszene zu kämpfen hat, auch und gerade noch mit Nachfolgen von Corona und dann eben der angespannten Immobiliensituation in Hamburg. Ich glaube, das kann man an der Stelle noch einmal betonen, dass die überscharfe Corona-Lockdown-Politik des Hamburger Senats der Kulturszene in einem ganz besonderen Maße Schaden zugefügt hat, von dem sie sich nur lange, langfristig, lange Zeit brauchen wird, um sich davon zu erholen. Der immer wieder dann laut gewordene Ruf nach mehr öffentlichen Geldern und Flächen: Wir stehen dem grundsätzlich reserviert gegenüber, weil es unseres Erachtens nicht die Aufgabe des Staates sein sollte, in dem Bereich sich derart stark zu engagieren, wir würden das lieber privatem Engagement überlassen. Ich darf aber anschließen, wenn ich noch einmal einen Blick in die Große Anfrage und die Antworten des Senats gegeben habe, vielleicht ist das dann auch ein Thema für die zweite Runde, dass da mehrfach, gerade auf den ersten Seiten 3 und 4, vom Senat mit sehr wohlklingenden Worten immer wieder gesagt wurde: Wilhelmsburger Rathaus-Quartier und so weiter kann man sich vorstellen, eine Nutzung durch die Musikszene im Diebsteich-Quartier, Seite 4 oben, ehemalige Paketpost. Allerdings blieb es dann immer wieder in sehr vagen ... Stichwort: Das wird dann der weitere Planungsprozess ergeben. Ich würde mich freuen, wenn es im Nachgang vom Senat auch noch ein paar konkretisierende Worte zu diesen dort, auf den Eingangsseiten 3 und 4 der Großen Anfrage, angesprochenen Projekte geben könnte. – Vielen Dank.

Vorsitzende: Ja, danke, Herr Wolf. Dann sind wir jetzt einmal durch die Fraktionen durch und ich gebe das Wort noch einmal an den Senat. Es waren ja doch einige Fragen, einige auch etwas konkreter. Genau, Herr Brosda, Sie haben das Wort.

Senator Dr. Brosda: Ja, vielen Dank, Frau Vorsitzende. Ich versuche einmal durchzugehen und gegebenenfalls dann die Kolleginnen und Kollegen zu beteiligen. Manchmal frage ich auch grob in den Raum, wer was sagen kann und hoffe dann auf Antwort.

Also Herr Schmidt hat gefragt: Wie sieht das aus bei der Rückkopplung bei den Bebauungsplänen? Wir bekommen als Behörde die Bebauungspläne vorgelegt, die tatsächlich in der Regie der Stadtentwicklungsbehörde direkt entstehen, weil wir da quasi dann ja auch beteiligt werden sozusagen auf der Behördenebene. Die bezirklichen Bebauungspläne werden in der Regel im Bezirksamt mit den dort Kulturzuständigen abgearbeitet, aber die kriegen wir natürlich als Senatsbehörde nicht zu sehen, zumindest nicht im Abstimmungsprozess. Man müsste mich korrigieren, wenn das anders wäre. Nicht regelhaft zumindest ist das meines Wissens. Es gibt manchmal eine konkrete Nachfrage, weil ein Bewusstsein dafür da ist, dass man dann vielleicht auch einmal sozusagen eher informell bei der Kreativ Gesellschaft nachfragt, habt ihr da ein Thema oder so was. Aber eine formelle Beteiligung einer Senatsbehörde bei einem bezirklichen B-Plan-Prozess ist sozusagen rechtlich nicht vorgesehen und könnte wahrscheinlich auch zu Schwierigkeiten führen. Aber ich sehe gerade hochgezogene Augenbrauen. Wenn es anders sein sollte, müsste man die Bezirke informieren, weil wir sie nicht regelhaft bekommen. Können Sie was dazu sagen? Bitte.

Frau Koller: Ja, also eigentlich ist es so, dass die BKM wie die anderen Behörden auch regelhaft im Verteiler sein sollte, um im Rahmen der Beteiligungen der Behörden und Träger öffentlicher Belange auch die Unterlagen zu bekommen. Wir können natürlich gern noch einmal im Einzelnen die Bezirke darauf hinweisen, dass sie das nicht nur machen, wenn sie das Gefühl haben, da ist jetzt irgendein Denkmalthema, weil man da natürlich als Erstes an die BKM denkt, sondern dass sie halt dann nicht irgendwie denken, ach, wir verschlanken jetzt einmal den Verteiler und lassen sie raus, aber ... also theoretisch sollte die BKM das immer bekommen. Aber wir können da gern noch einmal in den Abstimmungsrunden, die wir mit den Bezirken haben, noch einmal dafür sensibilisieren.

Staatsrätin Thomas: Ja, vielen Dank, Frau Koller, für den Hinweis. Wir nehmen das gern mit. Wir haben regelmäßige Abstimmungen bezüglich der ganzen Baugesetzgebung und diesen ganzen Verfahren, auch zu unterschiedlichen Bereichen, die wir mit den Bezirksamtsleitungen besprechen, und würden das in eine unserer Standardrunden mitnehmen und noch einmal hinterfragen, wie das Verfahren korrekt abgewickelt wird. Ich kann mir auch vorstellen, wie Frau Koller das gesagt hat, dass bei dem Wort Kultur manchmal auch etwas selektiv beteiligt wird und nicht in der kompletten Bandbreite.

Senator Dr. Brosda: Ich glaube, das Thema ist, dass wir den öffentlichen Belangen im Bereich Denkmalschutz rechtlich normiert haben. Insofern wird das Denkmalamt beteiligt, aber natürlich Kultur als freiwillige Leistung auf kommunaler Ebene nicht zwingend als öffentlicher Belang betrachtet wird. Insofern wäre ich in der Tat dankbar, wenn das sozusagen von der Stadtentwicklungsbehörde sowieso so gesehen wird, dass dann auch normierend vielleicht als Hinweis dann auch zu geben, dass wir es dann auch tatsächlich jedes Mal bekommen. Wenn wir es bekommen, beteiligen wir uns gern und haben auch gern viele Vorschläge, was man machen kann. Vielleicht ist das der Grund, die Kultur an der einen oder andere Stelle nicht beteiligen zu wollen, aber das ... wir wollen ja nicht mutmaßen als Senat.

(Zuruf: Nein.)

So weit kommt das. Was wir auf jeden Fall im Gegenzug machen – das ist dann quasi das sozusagen Vexierbild dazu – , ist das angesprochene Klubkataster. Dass wir im Prinzip unsererseits, wenn man so will, eine aufgedrängte Informationspolitik betreiben, einfach dahingehend, dass wir sagen, guckt einmal, das existiert schon in den Bereichen, in denen ihr gerade plant, um an der Stelle einfach auch eine höhere Informationstransparenz zu liefern. Das ist natürlich dann auch etwas, was wir quasi proaktiv unterhalb der Beteiligung und des Nachfragens seitens der Planaufsteller machen.

Das Zweite, der Sanierungsfonds, ist benannt worden von Hansjörg Schmidt. Tatsächlich ist der ein hoch wertvolles Instrument, das wir ausnutzen können. Wir haben halt das Problem, dass wir eine vereinfachtere und schlankere Abwicklung der Bauzuwendungen an dieser Stelle noch erarbeiten müssen, die trotzdem im Einklang mit der Landeshaushaltsordnung steht. Das Problem habe ich beschrieben. Die Lösung ist in der Erarbeitung. Ich wäre dankbar, wenn wir sie schon vorstellen könnten, können wir aber noch nicht, weil die Landeshaushaltsordnung an vielen Aspekten unser Endgegner ist. Da komme ich aber nachher noch einmal drauf zurück, wenn ich die Frage von Herrn Graage zu beantworten versuche.

Die Frage, welche Werkzeuge benötigen wir noch? Das ist im Prinzip das, was ich versucht habe, eingangs zu beschreiben. Ich glaube, die beiden oder die zwei, drei entscheidenden Werkzeuge, die wir haben, ist tatsächlich eine Verbesserung der Beteiligung und der Berücksichtigung von sozusagen kulturellen Aspekten bei der Planung von mittleren und größeren Bauvorhaben. Da geht es nicht nur um die Frage, wenn ich einen B-Plan aufstelle und im Prinzip ganze Stadtentwicklungsgebiete arrondiere, sondern da geht es auch um größere Bauvorhaben, wo es natürlich auch sinnvoll sein kann, in den jeweiligen Genehmigungsverfahren im Prinzip solche Belange mit zu berücksichtigen. Dabei, die Verfahren zu entwickeln mit den Bezirksämtern und der Stadtentwicklungsbehörde sind wir im Moment. Da waren wir als Stadt vor Jahrzehnten schon einmal deutlich weiter. Das kann man, glaube ich, unumwunden so zugeben. Wenn ich mir angucke, ein Bauvorhaben wie die Grindelhochhäuser, wo man im Prinzip damals bei einem großen Projekt von vornherein berücksichtigt hat, dass in den oberen Geschossen Atelier- und Künstlerwohnungen vorgesehen werden, wenn man das als zwingenden qualitätsverbessernden Anteil von sozusagen Entwicklung von Wohngebieten in der Stadt auch betrachtet hat, ist das etwas, was uns über Jahrzehnte hinweg verloren gegangen ist und das mühsam wieder erarbeitet werden muss, weil man in den vergangenen Jahren und Jahrzehnten auch von Investorensseite natürlich häufig die sich anbahnenden Konflikte gesehen hat und insofern mit Blick auf die spätere Quartiersqualität aus Sicht des Investors möglichst wenig Friktionen haben wollte und natürlich kulturelle Nutzungen immer potenzielle Friktionen mit sich bringen können. Wenn man keine Lust darauf hat als Investor, dann versucht man die halt aus den Plänen rauszuhalten, und das erleben wir an vielen Stellen. Das sich noch einmal anders anzugucken, ist, glaube ich, eine Entwicklung, die seit mindestens einem Jahrzehnt die Stadtentwicklungsdiskussionen zunehmend wieder beherrscht, weil diese Idee – habe ich ja vorhin nur angedeutet – sozusagen der Funktionstrennung in der Stadt nach dem Muster, hier wohnen, da arbeiten, da leben sich mittlerweile überholt hat und wir eigentlich die Dinge wieder zueinanderbringen wollen. Und wenn wir die Dinge zueinanderbringen wollen, heißt es, dass wir diese Friktionen mitplanen. Da sind wir als Kulturbehörde sehr gern daran beteiligt, das zu tun und werben bei allen anderen in der Stadt, das auch zu tun. Ich habe das Gefühl, unser Werben wird gehört. Frau Thomas.

Staatsrätin Thomas: Ja, ich würde gern noch zu einigen Fragen was ergänzen. Was ja auch angeklungen ist zu der Fragestellung: Wie funktioniert Leitplanung überhaupt, wie sieht es mit der TA Lärm aus, wie sieht es mit den Veränderungsprozessen bei der BauGB-Novelle aus? Also zum einen ist mir wichtig, wirklich noch einmal voranzustellen,

dass unsere Handlungsmaxime in der Stadtentwicklung wirklich die integrierte Stadtentwicklung ist. Integriert heißt, alle Interessensgruppen, die es in einer Stadt gibt, zu berücksichtigen und ihnen einen entsprechenden Raum in der Stadt zu geben. Wir können ja nur in der Stadtentwicklung die Räume geben, wir machen nicht den Betrieb. Wir schaffen die Flächen dafür und das Potenzial. Wir haben natürlich unterschiedliche Situationen. Das eine ist, wenn wir komplette Neuentwicklungen machen, wo man das integriert sehr schön von vornherein planen kann, was wir auch tun – ich glaube, Oberbillwerder, Grasbrook und viele Beispiele gibt es auch dafür – und das andere ist, wenn wir in städtischen Umbruchprozessen sind, größere Areale, die wir entwickeln, die dann oft sogar manchmal auch einen schönen Raum bieten, indem man alte Gebäude erhalten kann und diese Nutzung auch integrieren kann. Dann gibt es als Drittes natürlich so ein bisschen die, ich sage einmal, die Hard Facts im Alltag, wo es konkret um Fälle geht, die Störungsfälle sind, wo man versucht über baugesetzbuchliche Regelungen Konflikte auch mit zu lösen. Bei dem ersten braucht man vielleicht nicht integrierte Stadtentwicklung. Sie sind alle dabei, wenn wir die Wettbewerbe machen, da ist es sehr selbstverständlich, dass sich das entwickelt. Ich spreche vielleicht lieber über die Fragen der Transformation, wie wir manchmal so sagen, Transformation der Städte, sprich: Es fällt ein Areal flach und es gibt eine neue Entwicklung. Bei diesen Planungen, ob wir das machen als Behörde oder auch die Bezirke, ist selbstverständlich, dass immer ein richtiges Nutzungskataster gemacht wird. Also dass man, wenn man ... bevor solche Prozesse angefangen werden und es ist auch Auflage im Baugesetzbuch, dass alle unterschiedlichen Belange im Bildungsbereich, im Kulturbereich, im Umweltbereich, im Sportbereich mit erfasst werden, die Potenziale benannt werden und wenn es Defizite gibt, dafür dann noch neue Flächen innerhalb der Planungen geschaffen werden. Das ist so ein Grundstock, den ich auch hier noch einmal durchaus erwähne und der, glaube ich, in den Bezirken auch durchaus sehr gut insgesamt praktiziert wird, um hier das Potenzial zu schaffen.

Nichtsdestotrotz gibt es, und da sind natürlich die Klubs auch andere, es gibt auch andere Themen, manchmal aus bestimmten Reibungsthemen, aus Konfliktsituationen heraus besonders schwierig insgesamt zu lösen. Um diese Konflikte zu lösen, gibt es für uns eigentlich zwei Möglichkeiten. Das eine ist, wie schaffe ich Nähe und Distanz. Also schaffe ich das durch eben eine gute Verteilung, sodass Störungsthemen bei Störungsthemen liegen und störfreie Themen bei störfreien. Das widerspricht aber in Teilen selbst der Stadtentwicklung, weil man auch ganz gezielt diese Durchmischung und Lebendigkeit und Quirlichkeit findet. Deswegen gibt es dafür halt die Regeln, die sich finden in den Nutzungskategorien. Ich habe rausgehört, dass Sie sich in der Anhörung schon sehr intensiv damit befasst haben. Also was gibt es für Typologien in der Stadtentwicklung, die auch rechtlich festgesetzt werden, wo sich die Klubs wiederfinden? Wie funktioniert das im Mischgebiet, in urbanen Gebieten, im Kerngebiet? In Randbereichen des Gewerbegebietes, da ist es in Regel sicherlich sehr unproblematisch. Und wie funktioniert es in anderen Gebieten, die eben mehr von reiner störfreier Nutzung geprägt sind wie zum Beispiel Wohnen oder Ähnliches? Und dafür finden wir uns immer in der weiteren Diskussion – ich habe jetzt ein bisschen ausgeholt – in einer Phase, wo wir diese Entwicklung stärker schärfen, aber auch das Nebeneinander von Störbetrieben besser ermöglichen. Das beste Beispiel dafür ist für mich die Stadt Hamburg, die sich sehr dafür engagiert hat, das urbane Gebiet umzusetzen. Es steht jetzt im Baugesetzbuch und es hat eine ganze Menge Freiraum in den letzten Jahren schon insgesamt geschaffen, um das machen zu können. Kombiniert auch mit dem sogenannten Hamburger Fenster. Für Sie vielleicht gar nicht so ein Begriff, aber bundesweit ein Begriff über den sehr, sehr viel gesprochen wird und der sehr oft auch nachgeahmt wurde. Dahinter steckt eben das Thema Störfall. Es kam hier vorhin die Frage: Wie sieht es denn mit der TA Lärm aus? Im Sinne des urbanen Gebietes, im Sinne der möglichen baulichen passiven oder aktiven Möglichkeiten hier entgegenzuwirken, gibt es eine Überarbeitung der TA Lärm. Es hat immer einen sehr großen Disput zwischen den Umweltschutzbelangen im Sinne von

Gesundheitsschutz gegen Lärm und den anderen Belangen, also mehr Freiheit, mehr Flexibilität zu schaffen. Aber auf Bund-Länder-Ebene haben die Länder sich, die Umweltminister und auch die Bauminister geeinigt auf einen Entwurf und haben den auch entsprechend eingebracht im Bundesrat. Wir haben sogar, ich bin jetzt ... ich hätte nachgeguckt, wenn ich die Frage erwartet hätte. Wir haben, ich glaube sogar in diesem oder im letzten Jahr noch einmal die Initiative wieder aufgenommen und noch einmal stärker vorgebracht, um sich diesem Thema auch zu widmen. Aber der Bund ist noch schuldig, diese erarbeitete Fassung dann auch in der TA Lärm umzusetzen. Also so ist der Stand dazu. Aber wir haben dort erreicht, dass eigentlich alle Bundesländer uns in diesem Bestreben unterstützen. Also das ist der eine Punkt, wenn es um die TA Lärm geht.

Der zweite Punkt ist die Fragestellung – das hat Herr Dr. Brosda gerade schon angerissen– eben des Nutzungstypus. Es gibt mittlerweile viele, die Klubkombinate wissen das, viele Expertisen darüber, wo sind die zuzuordnen. Dieser Begriff Vergnügungsstätten ist natürlich als Begriff schon ein bisschen schräg, sage ich jetzt mal. Man würde sich ja auch vielleicht einen anderen Begriff dafür wünschen, aber dieser Begriff steht nun aus der Historie in der Nutzungstypologie der Baunutzungsverordnung. Das hat eine Geschichte, die etwas anders gemeint war. Die kommt sehr stark aus dem Bereich der Spielcasinos, der sich sehr in einer Phase in der Bundesrepublik unheimlich ausgebreitet hat, dass der Gesetzgeber gesagt hat, da müssen wir einmal was Besonderes regeln, und deswegen ist dieser Begriff entsprechend dann auch gefasst worden. Die Fragestellung, ob man darunter das subsumieren kann oder nicht, ist vielleicht eine wichtige, in Teilen vielleicht auch eine theoretische. Es gibt dazu jetzt aber in dem Koalitionsvertrag des Bundes einen Auftrag, diese Fragestellung im Zusammenhang mit der Baugesetzbuchnovelle zu klären. Wir gehen im Moment davon aus – das sagt die Bundesregierung – , dass sie im Laufe dieses Jahres, in der zweiten Jahreshälfte eine Entwurfsfassung den Ländern zuspielden wird, wo dann alle Fragestellungen – die sprechen von einer großen BauGB-Novelle –, wo alle Fragestellungen, die in dieser Legislaturperiode noch offen sind, dann auch mit aufgenommen werden sollen. Wir werden da natürlich auch im Sinne einer Regelung pro kulturelle Einrichtungen sicher hier auch Position beziehen. Also insofern bin ich der Hoffnung, dass es eine weitere klare Regelung gibt.

Ich würde gern noch ein Wort dazu sagen, weil es mir auch so ein bisschen am Herzen liegt, wie insgesamt die Planung zurzeit verläuft in unseren Umstrukturierungsgebieten. Ich finde Rothenburgsort ist ein sehr, sehr spannender Bereich. Sie wissen ja, dass es dafür auch wirklich eine Lenkungsgruppe gibt, die sich mit allen Facetten befasst, allen Interessen, die dort zu verankern sind. Es ist dort sehr stark der Bezirk involviert und es gibt eben auch eine sehr gute, solide Förderung in dem Bereich. In Teilen eben halt über RISE-Projekte, in Teilen über die vielen Einzelprojekte unter dem Schlagwort „Mitte machen“, die der Bezirk beim Bund direkt auch akquiriert hat. All diese Projekte befinden sich ja jetzt auch in der Genese, in der Planung. Ich glaube, die sind sehr vielversprechend auch, was die Vielfältigkeit und der Multifunktionalität des Ganzen, dieses ganzen Areals bisher geplant und wie sich das dort entwickeln wird. Das war jetzt ein bisschen lang – wollte ich gar nicht, Entschuldigung. Aber vielleicht noch einmal etwas auch so ein bisschen zum Verständnis unseres Handelns und zu unseren Aktivitäten, hier auch in diese Richtung entsprechend zu unterstützen.

Senator Dr. Brosda: Vielen Dank. Dann male ich jetzt einmal noch die verbliebenen Flächen aus. Weil, ich glaube, es hat viele Fragen schon tatsächlich beantwortet. Ich will noch sagen, zum Thema Vergnügungsstätte. Wir sind ja fast dankbar für diesen Begriff, weil der, den wir gelernt haben während der Coronapandemie, der Tanzlustbarkeit hat uns noch viele mehr verdutzt. Also insofern, das geht alles.

Insofern will ich aber noch sagen, ein Punkt wird, um auch die Differenzierung in der Betrachtungsweise unterschiedlicher Politikbereiche noch einmal zu verdeutlichen. An

einer Stelle kann man das, glaube ich, sehr schön machen, warum es deswegen auch so wichtig ist, dass wir Mechanismen der Abstimmung zwischen den Behörden an dieser Stelle finden. Wenn wir gerade eine Planung nehmen und in den Prozess gehen, den Frau Thomas beschrieben hat, wo man im Prinzip sich die unterschiedlichen Funktionen, die man dann in einen solchen Plan hineinschreiben muss und die man auch berücksichtigen muss, wenn man sich anguckt, wie man die erarbeitet, dann liegt dahinter eine lange Diskussion, die auch immer noch ergebnisoffen geführt wird, in welcher Form, welche Aspekte von Kultur und von kultureller Entwicklung eigentlich Teil öffentlicher Daseinsvorsorge und der daraus folgenden rechtlichen Rahmenbedingung ist. In der Regel kommen die Juristen zu dem Ergebnis, kulturelle Angebote sind nicht im Rahmen einer normalen Planung einer öffentlichen Daseinsvorsorge in gleicher Art und Weise zu berücksichtigen, wie das bei anderen Stellen der Fall ist, was ja auch relativ plausibel ist, wenn Sie sich angucken, dass Sie, wenn Sie eine Kita-Planung machen oder eine Schulplanung machen, wenn Sie wissen, Sie bauen x Wohnungen, Sie wissen, Sie haben ungefähr folgende Bevölkerungsschichtungen momentan, dann können Sie ziemlich genau einen Bedarf ausrechnen, den Sie in solch einem Stadtteil brauchen. Wo Sie dann sagen, okay, das heißt für Kita-Flächen, ich brauche folgende Quadratmeterzahl, weil ich folgende Kitas dort unter Umständen errichten muss. Ich brauche folgende Schulgrößen, die ich dann dort entwickeln und erarbeiten muss. Das lässt sich alles ziemlich präzise planen. Das haben wir in der Kultur – und deswegen ist sie ja im Kommunalrecht in der Regel eine freiwillige Leistung – in gleicher Art und Weise nicht, weil sich Kultur ein Stück weit der Planbarkeit durch den Staat entzieht, weil sie eben nicht nur ein Angebot ist, das wir vorhalten müssen, sondern weil es etwas ist – das ist beschrieben worden ja auch in vielen Wortbeiträgen, in noch mehr Wortbeiträgen während der öffentlichen Anhörung –, was sich ergibt und wo es quasi darum geht, dass wir Potenzialflächen erhalten oder beschaffen, ohne dass wir benennen können, was dort konkret passiert, was aber schon schwierig dann wiederum ist, wenn die Frage sozusagen, wie muss ich ein Atelier dämmen und wie muss ich einen Probenraum dämmen, kann sozusagen einen erheblichen Unterschied machen für den entsprechenden Investor, obwohl ich aber gar nicht weiß, ob die Leute, die da einziehen, am Ende des Tages eher sozusagen als bildende Künstler arbeiten wollen mehrheitlich oder ob sie Bands gründen wollen, um es jetzt mal ganz banal runterzubrechen. Die Fragen werden viel komplizierter und das können die Experten hier um mich herum im Zweifel, wenn es dazu Nachfragen gibt, auch viel genauer benennen, aber das ist die Problematik. Wir müssen im Prinzip Potenziale schaffen, die sich erst im Nachhinein füllen. Diese Frage, inwiefern muss man aushalten, dass ich nicht vorher planen kann, sondern im Prinzip parallel dazu einen Prozess begleiten muss, von dem ich im Prozess in der hohen Beweglichkeit und Dynamik dieses Prozesses erst weiß, wo er sich hinentwickelt, ist schon ein Thema, das nicht unerheblich ist in der Kulturplanung und das sich unterscheidet von der Planung anderer städtischer Bedarfe, die ein bisschen sozusagen stärker fassbar sind. Da fangen dann die Probleme an.

Das führt mich zu der Beantwortung der Frage von Herrn Graage oder sozusagen den offenen Problemkreisen, die Sie beschrieben haben. Wie das geht, weiß ich auch nicht, aber dass die Kulturbehörde eigentlich den ganzen Tag nichts anderes macht als genau das sozusagen, ist die Verwaltungswirklichkeit, was ich Ihnen einfach schlicht daraus widerspiegeln kann, dass wahrscheinlich keiner anderen Behörde im Senat so häufig vorgeworfen wird, dass sie nicht ordentlich verwaltungsgemäß handeln würde wie uns, wo wir immer sagen, ja, das stimmt ein Stück weit, weil wir so was wie sozusagen so ein Brückenglied zwischen zwei Bereichen sind, die eigentlich nicht zueinanderpassen. Das ist das, was ich vorhin versucht habe, an dem Beispiel sozusagen Umgang mit der Landeshaushaltsordnung und den Bauvorschriften in dem Zuwendungsbereich, wenn ich jemandem 40 Tsd. Euro geben will, damit er einen Lärmschutz sozusagen dort organisiert. Das ist eigentlich total banal. Eigentlich weiß ich auch, wie das geht. Eigentlich könnte ich das auch schnell machen. Wir haben uns trotzdem als Staat sozusagen, gemessen daran,

weil wir Verwaltungsvorschriften haben, mit denen wir auch 100-Millionen-Projekte bauen wollen, Vorgaben gegeben, die dazu führen, dass man sozusagen fünf Monate braucht, bis man überhaupt weiß, was man dort machen darf, die wieder runterzuraspeln und hineinzubringen in einen Bereich, wo ich sage, eigentlich möchte ich eine privatrechtliche Stiftung damit beauftragen, wie man staatliches Geld bekommen hat, von uns eine Zuwendung zu verwalten und die bei 20 weiteren Zuwendungsnehmern dann so zu verbauen, dass wir zeitnah eine Lösung der praktischen Probleme bekommen.

Das ist so die Qualität der Aufgaben, vor denen die Kulturbehörde regelmäßig steht. In der Regel finden wir irgendwo den Weg um die Hindernisse herum. Das sozusagen ist das, was wir dann als dynamischen Anteil unsererseits im Verwaltungsvollzug gewährleisten können. Das gefällt dann nicht immer jedem im Senat, der findet, man muss sich hundert Prozent und ausschließlich jetzt ministerartig an die sozusagen
Verwaltungsverfahrensvorschriften bis in die letzte Ausprägung halten, aber gleichzeitig haben wir ein großes Interesse daran, dass wir am Ende der kulturellen Landschaften ihrer dynamischen Entwicklung dabei helfen können. Wir finden gemeinsam Wege und sind tatsächlich so ein bisschen was wie der Übersetzer zwischen den beiden Bereichen, einem Bereich, der sagt, ich verstehe jetzt überhaupt nicht, was ihr wollt, ich weiß noch, was ich machen will, und einem Bereich, der sagt, aber hier in der Norm steht, das muss so laufen, und wir sagen, ja, aber so geht es nicht.

Dann fängt es an, das ist der Alltag. Das macht die Kulturbehörde, das macht die Kreativ Gesellschaft an vielen Stellen und viele andere, mit denen wir partnerschaftlich zusammenarbeiten eben auch. Dafür gibt es aber keine Blaupause, von der wir sagen können, die normieren wir einmal, sondern das funktioniert im Prinzip immer wieder auf neuen Wegen. Deswegen jetzt auch unser Vorschlag, was die beiden Bereiche angeht, sozusagen einmal Aktivierung von städtischen Liegenschaften, und was die Frage angeht, wie gehen wir mit den Konflikten um, die sich konkret ergeben zwischen Nachbarschaft und Nachtleben, dass wir nicht sagen, da wollen wir jetzt Verwaltungsverfahrensprozesse organisieren, weil, in dem Moment, in dem ich die baue, bin ich sofort wieder in der Reuse drin, dass ich irgendwann eine Norm habe, der ich folgen muss und die mir nicht hilft, das Problem zu lösen, das ich eigentlich habe, sondern stärker die Chance der Kulturpolitik auf dem Kommunikations- und Vereinbarungswege Dinge zu lösen, zu nutzen. Das ist etwas, was wir deutlich stärker machen in der Verwaltung, und das ist auch etwas, was die vielen, vielen Kolleginnen in der Kulturbehörde – so viele sind es gar nicht –, aber die vielen Kollegen in der Kulturbehörde, die rausgehen und ganz stark vor Ort in den Szenen unterwegs sind und ganz viel vor Ort konkret beraten und ganz viel vor Ort auch Kompetenzaufbau leisten, genau an dieser Stelle dann eben in die Vermittlung und in die Abstimmung zwischen den verschiedenen Logiken hineinzugehen.

Das ist eigentlich die Kernaufgabe der Kulturbehörde. Das ist eigentlich das Hauptsächliche, was wir machen, weil, ansonsten könnte man ja auch sagen, wir verteilen über den Haushaltsplan zum 1. Januar des Jahres die Mittel. Danach sind bis auf 1 Million Euro alle Mittel der Kulturbehörde verteilt und dann könnten wir auch alle in Urlaub fahren und sagen, wir treffen uns im Dezember zur Abrechnung der Zuwendungen wieder. Da aber alle eine ganze Menge zu tun haben, ist das ein hohes Indiz dafür, dass wir die restlichen elf Monate damit beschäftigt sind, genau diese Dynamik ein bisschen mitzusteuern, die Sie beschrieben haben, um dafür zu sorgen, dass die irgendwie noch in den Rest des städtischen Lebens hineinpasst. Das vielleicht sozusagen dazu.

Zu Rothenburgsort hat sozusagen Frau Thomas eine Menge gesagt. Wenn es da jetzt einzelne Projekte gibt, wäre ich noch mal dankbar dafür, die noch mal konkret zu benennen, ehe ich jetzt hier so ein bisschen in den Wald hineinschieße und die Projekte alle benenne. Das Gleiche wäre für die Frage von Herrn Wolf. Ich habe mal gerade auf Seite 3 und 4 geguckt. Da sind so 30 bis 40 Projekte benannt. Wenn ich Ihnen jetzt zu

allen den konkreten aktuellen Stand gebe, sitzen wir länger hier, als alle sitzen würden. Wenn Sie ein, zwei, also wenn Sie welche konkret interessieren, wäre ich dankbar. Dann könnten wir da sicherlich auch den konkreten Verfahrensstand nennen.

Die Frage, die wir jetzt noch offen haben, kann Egbert Rühl beantworten. Das war nämlich die nach der Kreativ Gesellschaft und dem, was sie eigentlich kann und was sie nicht kann und was Sie eigentlich so den ganzen Tag machen.

Herr Rühl: Ja, vielen Dank für die Möglichkeiten. Um vielleicht auf die Frage von Herrn Hackbusch einzugehen, der uns ja fragt, ob die Kreativ Gesellschaft zu schwach sei für ihre Aufgaben, muss ich das als Geschäftsführer der Kreativ Gesellschaft natürlich deutlich zurückweisen. Wenn dahinter die Frage verborgen war, ob die Kreativ Gesellschaft stärker werden könnte, muss ich sie natürlich in der gleichen Deutlichkeit bestärken.

Nur noch mal vielleicht zur Einordnung, um das ein bisschen zu konkretisieren, was die Kreativ Gesellschaft tut. Man muss deutlich machen, dass Zwischennutzung tatsächlich nur eines der Felder ist, in dem wir aktiv sind. Das ist über das Freiflächenprogramm in der Zwischenzeit ein bedeutender Teil unserer Arbeit geworden, aber es ist tatsächlich nur ein Teil. Wenn das Freiflächenprogramm vielleicht leider Ende 2023 endet, dann wird auch dieses Programm natürlich in dieser Deutlichkeit mit der Zwischennutzung beendet sein.

Die Kreativ Gesellschaft kümmert sich im Bestand sowohl um Zwischennutzungen als aber auch um dauerhafte Nutzungen und wir haben eine ganze Reihe von dauerhaften Nutzungen, mit denen wir insgesamt 600 Akteuren aus der Kreativwirtschaft sozusagen Raum geben, ihren Tätigkeiten entsprechend nachzugehen. Wir entwickeln eine Reihe von Quartieren. Hier sind genannt das Oberhafenquartier, was ja natürlich ein bedeutender Ort ist, sowohl in der HafenCity, aber auch natürlich für die innere Stadt. Das haben wir in der Diskussion über die Transformation der inneren Stadt jetzt noch mal deutlich gespiegelt bekommen, wie wichtig der Oberhafen als sozusagen ein besonderer Ort in der inneren Stadt ist. Die Kreativ Gesellschaft hat aber auch ermöglicht, dass das Hochwasserbassin das ist, was es ist, und auch an der Viktoria-Kaserne haben wir eine gewisse Geburtshelferfunktion gehabt. Übrigens sind in diesen Quartieren jeweils auch Klubs entstanden. Also auch wir sind dafür da, an der einen oder anderen Stelle, dass das Klubsterben nicht weitergeht, sondern dass auch neue Klubs entstehen.

Womit wir uns zukünftig mehr beschäftigen wollen – und das haben wir ja hier an vielen Stellen auch gehört –, ist natürlich die Frage, wie wir die Bedarfe von Kultur-, Kunst- und Kreativwirtschaft in die Planungen von neuen Quartieren einbetten können. Das ist tatsächlich eine Herausforderung, die Carsten Brosda natürlich auch beschrieben hat. Wir haben es bisher ... Und all das, was wir in der Anhörung gehört haben, beschäftigt sich ja ausschließlich mit Bestandsimmobilien, übrigens Bestandsimmobilien sehr oft am Ende ihrer Lebenszeit, die immobilienwirtschaftlich nicht weiter zu verwerten sind und die deshalb zur Verfügung stehen, die deshalb spannende Orte sind für die Akteure der Kunst-, der Kultur- und der Kreativwirtschaft. Eben weil sie an diesen Bruchkanten sind, weil sie preislich attraktiv sind. Weil sie am Ende ihrer Lebenszeit sind, ist damit auch oft verbunden, dass die Dauer dieser Nutzung natürlich beschränkt ist, weil die Erhaltung dieser Immobilien sich dann irgendwann vielleicht auch nicht mehr rechnet.

Jetzt zu lernen, wie wir die Bedarfe der Kultur-, der Kunst- und Kreativwirtschaft in die Planung neuer Quartiere ... Und wir sind mit sehr vielen Akteuren im Austausch, Oberbillwerder, aber auch natürlich mit der HafenCity, also wo es um HafenCity, Billebogen, Grasbrook, Science City geht, um mit diesen Akteuren zu entwickeln, wie wir Prozesse aufsetzen können, dass auf der einen Seite Kunst-, Kultur- und Kreativwirtschaft dort einen Ort findet, dass auf der anderen Seite aber die Effekte, die wir von diesen Akteuren erwarten, in diesen Stadtteilen auch wirksam werden können und wir tatsächlich

auch in diesen Neubauquartieren kreative Quartiere schaffen, weil, das ist am Ende ja das, was wir uns erwarten. Also diese beiden Seiten im Blick zu haben, ist etwas, worauf wir uns als Kreativ Gesellschaft freuen. Aber ich muss an dieser Stelle auch sagen, es ist eine Herausforderung, für die es wenig Beispiele gibt.

Die Kreativ Gesellschaft ist – und Carsten Brosda hat es auch gesagt – auch Dolmetscher. Wir sind Mediatoren. Wir sind an manchen Stellen auch Pufferzone zwischen den Akteuren. Was wenige wissen, ist, dass wir zum Beispiel Hauptmieter des Kinos 3001 sind. Da sind wir explizit Pufferzone zwischen sozusagen sich feindlich gegenüberstehenden Akteuren. Auch dazu dient die Kreativ Gesellschaft an mancher Stelle und wenn wir dann die Dinge möglich machen, freut es uns umso mehr. Also wir erfüllen an vielen Stellen die Aufgaben, die zunächst mal sind, der Kreativwirtschaft Raum zu geben, um ihren Tätigkeiten nachzukommen. Wir wissen aber um die Effekte, die wir damit in der Stadtentwicklung anstoßen können und sind von beiden Seiten aus motiviert, unsere Aufgaben weiterhin so gut wie möglich zu erledigen.

Vorsitzende: Vielen Dank. Dieses Thema Zwischennutzung / Kreativ Gesellschaft verführt mich noch mal dazu zu sagen, ja, da sind wir wirklich schon einen guten Weg vorangeschritten. Das Thema Zwischennutzung hat schon mal ganz andere Wellen geschlagen in dieser Stadt. Von daher, genau, da hat zumindest diese Einrichtung wirklich was bewegt in all diesen Prozessen.

Herr Gögge hatte sich gemeldet.

Abg. René Gögge: Oh, das ging ja schneller als erwartet. Vielen Dank, Frau Vorsitzende. Da kann ich mich auf jeden Fall einmal schon anschließen und auch für die Arbeit der Kreativ Gesellschaft im Namen meiner Fraktion danken, weil wir das auch sehr stark positiv beobachten, wie gerade im Bereich der Zwischennutzung ja hier wirklich großartige Arbeit geleistet wird. Natürlich ist die Fragestellung auch berechtigt, wie viele Ressourcen man dafür braucht, um das richtig gut zu machen. Also ich glaube, da ist das sozusagen Input-Output-Verhältnis ein sehr gutes und da freuen wir uns sehr drüber.

Insgesamt muss ich feststellen, auch in dieser Anhörung, oder darf ich feststellen, dass natürlich für uns Kulturpolitiker:innen die Arbeit der Behörde für Stadtentwicklung und Wohnen eben auch eine sehr, sehr große Bedeutung hat. Also wir merken das ja sehr häufig, dass wir an Schnittstellen geraten. Deshalb schön, dass auch unsere stadtentwicklungspolitische Sprecherin hier ist, aber vor allem freue ich mich sehr, dass die Staatsrätin der BSW anwesend ist. Das war ja auch jetzt schon hilfreich. Ich würde da auch gleich noch mal anschließen wollen und die Anwesenheit nutzen wollen, weil, Senator Brosda hat ja schon thematisiert, er nannte das Investitionskostenzuwendung so ganz anonym.

Es geht ja ganz konkret um einen Antrag aus dem Sanierungsfonds der Bürgerschaft, den wir hier – ich glaube, sogar mit allen Stimmen in der Bürgerschaft – beschlossen haben, um ein Stadtentwicklungsthema zu bedienen, nämlich die Frage des Schallschutzes im Zusammenhang mit den Livemusik-Spielstätten. Wir hören natürlich immer wieder auch die Klagen derjenigen, die eigentlich gefördert werden sollen, darüber, dass das sehr, sehr formalistisch sei und langsam vorangehe. Senator Brosda hat es schon geschildert, warum das auch alles grundsätzlich erst mal seine Richtigkeit hat und auch seine Begründung hat, warum das so schwierig ist, aber mich würde schon interessieren, ob vielleicht noch mal ein bisschen konkreter was dazu gesagt werden kann, was eigentlich die konkrete Problemlage ist. Das ist ja für uns im politischen Raum häufig schwer zu verstehen, was denn da konkret passiert, wenn da über Monate verhandelt wird, wie man dann irgendwie es hinkriegt, 25 Tsd. oder 50 Tsd. Euro auszugeben. Ich glaube, das wäre hochspannend.

Einen zweiten Punkt wollte ich noch machen. Die Gebäude in der Endzeit ihres Lebenszyklus hat Egbert Rühl schon erwähnt. Jetzt könnten wir natürlich über den Kaltenkircher Platz sprechen. aber das war, glaube ich, gar nicht das Hauptthema in der Anhörung, sondern was wir bemerkt haben, ist, dass bei den Beiträgen in der öffentlichen Anhörung, ich glaube, 19 Beiträge kamen und 18 von 19 richteten sich auf den Bezirk Mitte und davon fast alle auf den Stadtteil Wilhelmsburg. Deshalb, wenn Herr Zunke schon hier ist, was mich auch sehr freut, würde ich natürlich gern fragen, ob man da vielleicht noch mal was sagen kann, vor allem zum Thema Liegenschaften um den Veringkanal herum, die ja immer hochspannend sind auch für all diejenigen, die im kulturellen Bereich unterwegs sind, ob es da Planungen gibt, ob es da vielleicht schon Dinge gibt, die wir oder die Öffentlichkeit bisher noch nicht weiß, was da in Planung ist. Da gibt es ja so Flächen wie die LIDL-Halle. Da gibt es die Flächen ehemals Soul Kitchen, das ja abgängig ist, wie wir alle wissen, aber da wäre schon interessant, was da vonseiten des Senats geplant ist für diese Flächen.

Also diese beiden Fragestellungen vielleicht von meiner Seite.

Vorsitzende: Ja, vielen Dank. Herr Brosda? Ich gebe die Fragen direkt an den Senat. Das waren ja doch einige.

Senator Dr. Brosda: Ja, das waren zwei große Komplexe. Also wenn es um die Details geht, woran es gerade hakt in den Diskussionen mit ABH und anderen, was die Anwendung von LHO und VV-Bau angeht, ist, glaube ich, Herr Kaiser jemand, der sozusagen konkret in den Gesprächen drinsteckt, und dann kann Herr Zunke ja zum Thema Veringkanal antworten.

Herr Kaiser: Ja, ich glaube, dazu ist zu sagen, dass grundsätzlich eine unterschiedliche Auffassung darunter bestand, was das vereinfachte Behördenverfahren tatsächlich ist. Also es hat sich herausgestellt – und das ist eigentlich von vornherein noch klar gewesen, als man diese Verhandlung aufgenommen hat –, dass man natürlich gemäß des Rollenmodells nach VV-Bau zu LHO 46 vorgehen muss, denn wir können eigentlich nicht aus unserer Haut. Es ist nun mal so, wie es ist. Dieses Rollenmodell sieht vor, dass eben der Empfangende, in dem Fall wäre das die Clubstiftung, gewisse Nachweispflichten gegenüber dem Zuwendungsgeber, der Behörde, hat, dass entsprechend das Rollenmodell also dann die Baubeauftragung eines Architekturbüros entsprechend weiterer Planungsbüros vorsieht und das wäre die Erleichterung in diesem Verfahren gewesen, entsprechende Gewerke gesammelt beauftragen zu können und dann die Bedarfe der Klubs zu adressieren.

Das war nicht das, was der Clubstiftung so entsprochen hatte, sondern da war eher der Gedanke, man könnte in Form einer Förderrichtlinie oder Ähnlichem sozusagen diesen ganzen Prüfprozess auslassen, um einmal festzulegen, wie eine entsprechende Richtlinie auszusehen hätte, um das dann, wie das bei verschiedenen anderen Fonds sozusagen geht, die regelmäßig durch verschiedene oder durch die Finanzierung sozusagen gespeist werden, regelhaft funktionieren könnte. Kann es aber in diesem Fall nicht, denn es war ja von vornherein definiert, welche Klubs diese Zuwendung oder diese entsprechenden Bedarfe haben und dementsprechend die Zuwendung verwenden sollten.

Daran haben sich tatsächlich verschiedene Prüfkaskaden sozusagen angeschlossen. Man muss sagen, dass wir im Grunde uns in dem Fall nicht weiterbewegen konnten. Wir können nur anbieten, dass man eben vereinfacht das Verfahren in dem Sinne anbietet, dass man sagt, wir haben diese koordinierende Stelle, wir haben die Clubstiftung, die eben dann für alle Bedarfe der Klubs sozusagen, diese Bedarfe sammelt, erhebt, entsprechende Fachleute beauftragt, das dann durchzuführen. Ich bin auch sicher, dass wir da eine entsprechende Regelung finden werden. Nur, und da muss ich auch

tatsächlich der BSW beziehungsweise den Kolleginnen bei ABH, die dafür zuständig sind, mit denen wir uns da im engen Austausch befinden, sehr danken, denn es sind konstruktive Vorschläge, die da immer wieder kommen, aber natürlich können die Kolleginnen nicht aus ihrer Haut raus. Also dieses Rollenmodell nach VV-Bau – und das ist ein strittiges Thema mit der Clubstiftung –, bei allem Entgegenkommen und Verständnis, was von der Seite auch besteht: Aus diesem Modell können wir einfach nicht raus. Und das hat, glaube ich, auch was, wenn man entsprechende Maßgaben, kostenstabiles Bauen und Ähnliches, berücksichtigt, das hat noch eine gewisse Geschichte in dieser Stadt und wir wissen alle, woher sozusagen das rührt. Dennoch bin ich zuversichtlich, dass wir da auch noch mal im Sinne des Ziels, dass nämlich nicht die Klubs, die tatsächlich teilweise von der Existenz bedroht sind, weil sie weiterhin diese Lärmprobleme haben, dass denen doch zeitnah geholfen wird. Aber das funktioniert eben nicht, dass man sagt, wir haben dieses Geld bewilligt und das wird jetzt so schnell wie möglich ausgegeben. Das muss natürlich im Rahmen dieses Reglements passieren.

Senator Dr. Brosda: Also vielleicht das noch mal kurz in Ergänzung, bevor wir zum Veringkanal kommen: Der Beschluss ist ja gefasst worden, dass die Mittel aus dem Sanierungsfonds kommen. Damit hängen sie an den Maßgaben, die der Sanierungsfonds mit sich bringt. Natürlich sind die anderen Varianten, die Herr Kaiser beschrieben hat, theoretisch denkbar. Wenn ich das Geld aber woanders von vornherein liegen hätte und dann anders ausgeben würde, sprich: Hätte ich einen Investitionstitel bei mir in der Behörde, könnte ich für den natürlich eine Zuwendungsrichtlinie schreiben, mit der ich unter Umständen auch zu vereinfachten Maßgaben käme, wo ich dann auch bis zu einem bestimmten Schwellenwert zu anderen sozusagen Regularien komme. Das Geld liegt nur nicht bei uns, sondern das Geld liegt in der Bürgerschaft und wird über den Sanierungsfonds vergeben. Insofern ist die Weiche da sehr früh.

Die zweite Variante, die man natürlich auch gehen kann, die wir, wenn wir eigene Gelder haben, die wir anders bewegen, natürlich auch gehen: Ich kann natürlich gegebenenfalls auch einen konsumtiven betrieblichen Zuschuss geben und dann ist der Gesellschaft überlassen, quasi in der eigenen Anwendung ihrer Mittel bestimmte kleinere Investitionsmaßnahmen über ihren eigenen Betriebshaushalt abzuwickeln. Das machen wir an der einen oder anderen Stelle auch, geht aber eben ausdrücklich auch nicht mit den als investiv sozusagen markierten Mitteln des Sanierungsfonds. Insofern haben wir da durch die initiale Entscheidung, dass wir das Geld bekommen, ein Regime vererbt, mit dem bestimmte Regelungen da sind, die wir jetzt nicht nach der vorherigen Entscheidung ändern können, weil sie sozusagen mit der Entscheidung auf die Zuwendungssituation jetzt übergegangen sind. Da jetzt einen Weg durch zu finden, das ist gerade die Aufgabe, an der sich alle miteinander abarbeiten und die ein schönes Beispiel für diese Frage ist, wie wir dynamisch um die Hindernisse herum tanzen, die wir uns so rechtlich selbst mal in den Raum gestellt haben. Wenn das Geld woanders läge, könnte man andere Regeln dafür schaffen. Das Geld liegt aber da, wo es liegt, und wird mit diesen Regeln weitergegeben und dafür müssen wir jetzt eine Lösung finden. Das ist der Spaß, in einem Rechtsstaat zu arbeiten.

Herr Zunke zum Veringkanal.

Herr Zunke: Ja, der Veringkanal hat, wie so ein Kanal oft, zwei Seiten und ich weiß nicht, mit welcher, wir anfangen wollen. Wir können vielleicht gern mit der Industriestraße starten – Herr Kuchenbecker ist im Zweifel auch da –, dass in der Grund(...) des allgemeinen Grundvermögens, die als Industrieflächen ausgewiesen sind, auf der eben auch die, ich sag jetzt mal, berühmte Soul-Kitchen-Halle steht, die wir ja seit Jahren schon sperren mussten, weil sie einfach nicht sicher ist. Sie ist einfach nicht betriebssicher. Sie ist einsturzgefährdet. Es hat Anfang des Jahres noch mal ein Gutachten gegeben, das das auch noch mal bestätigt hat. Das ist die Situation vor Ort.

Wir wissen, es gibt Anfragen, ob die unbebaute Fläche für kulturelle Zwecke genutzt werden kann. Das sehen wir kritisch an der Stelle, aber das ist die eine Seite. Die andere Seite ist im Eigentum der HGG, der HGG Gewerbehof, wer das vor Augen hat, daneben liegend eben die Zinnwerke, Eigentum Sprinkenhof, und die angesprochene LIDL-Halle, und dazwischen haben wir ja noch zwei Mieter, sag ich mal, den Lackierbetrieb und den Autohändler. Das ist ja so die Gemengelage. Das ist ungefähr seit 2011 ja schon in der Diskussion, weil ursprünglich mal die Opernwerkstätten in Rothenburgsort entstanden sind. Die waren ja eigentlich mal geplant auf dem Areal am Veringhof, was dann nachher nicht umgesetzt wurde, und Zinnwerke als Thema eigentlich losging, wenn ich es formulieren darf.

Wir nehmen seit einem Jahr, anderthalb Jahren sehr stark wahr, dass vor allem der Bezirk sehr das Heft in die Hand genommen hat, nach einer Lösung zu suchen, aber, ich glaube(?), durchaus eben auch beide Seiten betrachten, denn es ist wahrscheinlich auch der Stein der Weisheit, dass man beide Seiten sich angucken muss und weiter an Lösungen arbeiten muss. Unseres Wissens, sag ich mal, hat der Bezirk gemeinsam oder die Zinnwerke unterstützt, an einem tragfähigen Konzept zu arbeiten, was ich selbst nicht kenne. Wir hoffen selbst, darüber mal im Laufe dieses Monats mal informiert zu werden, wie weit eigentlich der Stand ist an dieser Idee. Wir nehmen aber wahr, weil wir auch Rücksprachen und ja auch im regelmäßigen Austausch mit dem Bezirk sind, dass daran gearbeitet wird und dass da auch schon das eine oder andere passiert ist, aber den eigentlichen Stand zu diesen Überlegungen, den kennen wir nicht, sag ich mal.

Wir sind in den Gesprächen mit den beiden angesprochenen anderen gewerblichen Nutzern, Alternativflächen zu suchen, das vor allem gemeinsam mit Hamburg Invest. Im Rahmen der Wirtschaftsförderung gucken wir also gemeinsam, wo finden wir Alternativflächen, sag ich mal, um dauerhafte Lösungen für diese beiden Nutzer zu finden in der Stadt, die ihre Prämissen noch mal geäußert haben, dass sie gern im Bereich Wilhelmsburg bleiben wollen im südlichen Bereich. Es hat gerade letzte Woche noch mal ein Gespräch vor Ort stattgefunden.

So. LIDL-Halle: Sie selbst ist auch extrem baufällig. Sie ist ein bisschen besser im Zustand, aber wirklich nicht viel mehr als die Soul-Kitchen-Halle gegenüber. Die kann auch nicht genutzt werden und betrieben werden. Da sind wir in Gesprächen über Nachnutzungen und dergleichen, aber auch im engen Austausch mit Mitte. Mitte kennt die Überlegungen auch dazu, weil es natürlich auch immer planungsrechtliche Fragen sind, inhaltliche Fragen sind und weil wir insgesamt auch sehen: Wir brauchen eine Gesamtlösung. Wir werden nicht nur mit einem Baustein eigentlich den Veringkanal bewegen, sag ich mal, in welche Richtung auch immer.

Das zieht sich lange. 2011 sagten wir eben schon. Wir sind jetzt in '23. Das ist ein Zustand, der für alle Beteiligten sicherlich nicht glücklich ist, vorsichtig gesagt. Wir haben auch immer wieder mal so aktuelle Probleme, wenn es um Verkehrssicherungen geht und sind da natürlich auch immer sehr bedacht um Haftungsthemen und dergleichen, was uns aus immobilienwirtschaftlicher Sicht natürlich immer wieder treibt, wo wir auch sagen können, da gibt es gewisse Grenzen der Nutzung. Die dürfen dann einfach auch nicht sein. Aber ich nehme nur wahr, dass da sehr stark dran gearbeitet wird, und, wie gesagt, hoffe, dass wir in diesem Monat mal so ein aktuelleres Feedback bekommen.

Vorsitzende: Okay. So weit. Das klang gut.

Senator Dr. Brosda: Ich frage mal, ob Herr Kuchenbecker noch was ergänzen möchte.

Herr Kuchenbecker: Ja, ich glaube, Herr Zunke hat schon eine Menge gesagt zu der Halle selbst. Das teilen wir nicht nur, sondern wir haben das ja zum Teil auch selbst auch mit beauftragt, diese Gutachten. Insofern geht da jetzt auch nicht so viel Weg dran vorbei.

Ich glaube, das Stichwort Haftung ist tatsächlich ein nicht ganz unwesentliches. Einmal haben wir wie gesagt eine Industrieausweisung auf dieser Fläche und dann ist wie gesagt ein Haftungsrisiko, das die Stadt eingeht, wenn sie da irgendwelche Nutzungen zulässt, die, wie gesagt, aufgrund der planungsrechtlichen Ausweisungen sowieso schon prekär sind. Dann in Zusammenhang mit dieser Halle ist es noch eine besondere Frage, die nicht einfach zu beantworten ist. So kommt dann eben auch dieses Ergebnis dabei raus. Langfristig ist das eine Fläche, die aus Sicht der Wirtschaftsbehörde und dann auch aus unserer Sicht in der Wirtschaftsförderung landen wird oder ist sie dort. Das heißt für Werkserweiterungen beziehungsweise Wirtschaftsunternehmen dann auch eine Reservefläche.

Vorsitzende: Okay, so weit. Dann hat jetzt Herr Hackbusch das Wort.

Abg. Norbert Hackbusch: Ja, vielen Dank. Also diese Äußerungen zu Wilhelmsburg beunruhigen mich und beruhigen mich nicht, weil wir ja damit was zu tun haben. Das sind ja Zustände, die ... Ich meine, seit zehn Jahren liegt diese Fläche brach, wenn mich nicht alles täuscht, von der Soul Kitchen, und seitdem ist nichts geschehen und passiert dort nichts. Jetzt diese Äußerung, das könnte mal irgendwann in Richtung Werkserweiterung geführt werden, finde ich angesichts der Situation beunruhigend, weil, also das ist ja eine Möglichkeit durchaus, vielleicht kann man diese Halle nicht mehr benutzen. Das kann ich jetzt gar nicht, das will ich mit Ihnen auch gar nicht, kann ich auch gar nicht diskutieren, aber das ist ja eine Fläche, in der seit zehn Jahren in gewisser Weise nichts passiert ist. So was Ähnliches mit der gegenüberliegenden Fläche, wo wir auch seit – wie vielen Jahren? – sechs, sieben Jahren darüber diskutieren, was man dort machen könnte und wo man das Gefühl hat und ja auch in der Anhörung deutlich gemacht worden ist, welcher drängender Bedarf dort da ist und wir jetzt feststellen, dass sechs, sieben, acht, neun, zehn Jahre lang dort nichts geschieht. Das finde ich keine befriedigende Situation dafür, ohne dass ich jetzt im Einzelnen das genau diskutieren kann, wir gerade ja aber mitbekommen haben, dass Wilhelmsburg für uns schon ein sehr zentraler Ort ist, weil es dort eben viele Möglichkeiten gibt und, wie wir ja auch sehen, Flächen gibt, aber eben bisher nichts Großartiges dort erreicht werden konnte und ich immer auch das Gefühl habe, dass es da eine sehr konfliktäre Konfliktauseinandersetzung gibt zwischen Ihnen als denjenigen, die dort in der Verantwortung sind, und meinerseits wegen den Zinnwerken, die versuchen, dort noch irgendwas an Kulturellem zu organisieren. Das will ich dazu jedenfalls mal feststellen.

Zu dem Zweiten, was der Senator eben gesagt hat und was ich nicht verstanden habe, mit den Zuwendungsentscheiden und dem Sanierungsfonds, aber so ist das nun mal manchmal. Ich verstehe nicht alles, aber die Schlussfolgerung daraus ist ja relativ einfach, dass wir vielleicht gemeinsam hier beschließen, dass es einen Investitionsfonds bei der Kulturbehörde gibt und dass wir im nächsten Haushalt das einfach beschließen und das dort in gewisser Weise ja organisieren können, dass das relativ einfach dort zu organisieren ist und viele dieser Schwierigkeiten, die jetzt über mehrere Monate dort organisiert waren, dann also praktisch aufgelöst werden können. Das fand ich einen guten Hinweis und ich freue mich auf die nächsten Haushaltsberatungen, wo wir das dann so beschließen können, und dementsprechend aus dem Sanierungsfonds und aus den Fängen der Finanzbehörde, die immer ja sowieso etwas übergriffig ist, weil sie, glaube ich, alles immer an Sanierungsbeschlüssen und Investitionsvorhaben gern unter ihrer Fuchtel haben will, wir ja deutlich dann ein Interesse haben, einiges davon in den Kulturbereich retten zu können. Gut, aber das werden wir ja einvernehmlich dann ja machen können zu den Haushaltsberatungen.

Was mich noch mal interessiert, weil wir ... Dazu hatten Sie jetzt noch nichts gesagt: Wie ist es eigentlich mit der Einstufung der Klubs als Anlagen für kulturelle Zwecke und wie ist der Stand dort gegenwärtig auf Bundesebene? Weil ich schon den Eindruck habe, dass das ja ein sehr wichtiger Punkt ist auch, um damit weiter was machen zu können. Und das Zweite, was mich dazu noch mal interessiert, ist: Wie ist denn die Bilanz der Zwischennutzung in Ihren Augen im Zusammenhang mit dem Jupiter, also mit dem Karstadt Sport- Gebäude, und mit dem, was da jetzt praktisch seit Kurzem dort ist und was vorher dort gewesen ist. Da würde mich einfach mal Ihre Einschätzung davon interessieren, weil mein Eindruck davon ist, dass es vorher im letzten Jahr eine relativ intensive, kräftige Nutzung gegeben hat, die sich in den gegenwärtigen Nutzungen aber nicht widerspiegelt. Da würde mich aber einfach mal Ihre kritische Sichtweise darauf interessieren, weil, alles ist zwar Zwischennutzung, aber ich habe den Eindruck, dass es sehr unterschiedlich praktisch geschehen ist und dass dort ein Schwung, der vorhanden worden ist, eigentlich gebrochen wurde.

Vorsitzende: Ja, Herr Senator. Das Wort liegt wieder auf Ihrer Seite.

Senator Dr. Brosda: Ja, also zum einem vorweg, wo wir denn Einigkeit herstellen während der Haushaltsberatungen und wo nicht, ist ja nicht nur eine Frage dieses Ausschusses, dass, wenn Sie der Kulturbehörde Geld geben, wir das ausgegeben bekommen, das haben wir in der Vergangenheit oft genug unter Beweis gestellt und daran müsste der Ausschuss auch keinen Zweifel haben, wenn es um solche Investitionsmittel geht. Den Rest diskutieren wir dann in größeren Zusammenhängen.

Was die Frage angeht, Klubs als Kulturorte, das hatte sozusagen Staatsrätin Thomas gerade eben gesagt. Wir erwarten in der zweiten Jahreshälfte, so die derzeitige Auskunft des Bundes, die Vorlage des novellierten Baugesetzbuchs. Ob es dann kommt, werden wir sehen, aber das ist zumindest die derzeitige Ankündigung aus dem dortigen Bauministerium, sodass wir das dann wissen, und Staatsrätin Thomas hat auch gesagt, dass wir aus Hamburger Sicht sehr darauf drängen, dass genau diese Klarstellung, dass Klubs als Kulturorte da zu fassen sind, auch mit enthalten sein wird in dieser Novelle. Aber wir sind nicht Autoren dieses Gesetzes und wir beschließen es auch nicht, sondern wir sind maximal zu beteiligen über den Bundesrat und gegebenenfalls die Länderanhörungen in der Erarbeitung durch die Bundesregierung beim Gesetzentwurf. Aber da werden wir das jeweils in unseren Stellungnahmen günstig machen.

Ansonsten, was den Jupiter angeht, würde ich tatsächlich gleich auch noch mal Egbert Rühl bitten, was sozusagen aus der näheren Perspektive zu sagen, weil er intensiver mit der Fläche arbeitet, weil ich auch jetzt nicht in die Gefahr kommen möchte, hier so als Kultursenator so feuilletonistische Betrachtungen von Kulturprojekten von außen nach dem Muster, sagen Sie mal ihre Meinung dazu, zu geben, das immer sozusagen ein nicht nur heikles Terrain, sondern auch eines, das sich nicht so ganz trägt. Ich finde allerdings in der Tat, das, was in diesem Jahr dort gelungen ist, eine stärker kuratierte Auswahl auch zu machen, ein stärkeres in Verantwortung Gehen auch von jemanden, der guckt, wie sieht eine Gesamtfläche dort aus, durchaus zur Attraktivität und zur Belebung des Ganzen beigetragen hat. Also ich muss gestehen, meine persönliche Einschätzung würde sich von der, die es bei Ihnen auslöst – aber das ist ja bei vielen Sachen üblich, wir würden wahrscheinlich auch in 20 andere Gebäude gehen und die unterschiedlich wahrnehmen –, etwas sozusagen differenter betrachten. Ich fand das letztes Jahr sehr charmant in diesem sozusagen krausen Improvisierten, man geht mal rein und guckt, was so klappt. Ich habe allerdings viele gesprochen, die mir auch gesagt haben, dass sie das nicht zu fassen gekriegt haben, was dort eigentlich passiert ist und dass das irgendwie so durcheinander und so komisch und irgendwie nicht so klar und wie so am Eingang der Stadt eigentlich so was ... Und das ist jetzt ein anderer Versuch noch mal und Frei_Fläche ist ja durchaus

auch etwas, von dem wir immer gesagt haben, es soll nicht dauerhaft eine Infrastruktur schaffen, sondern es soll uns ein Lernen im Umgang mit diesen Flächenpotenzialen, die sich innerstädtisch neu ergeben, ermöglichen. Eigentlich ist die langfristige Perspektive immer noch – und das, finde ich, ist das, wo wir alle miteinander noch mal härter hinterher müssen – das, was bisher nur eingeschränkt glückt, weil, ich glaube, dass diejenigen, die es lernen müssen, länger brauchen, bis sie es gelernt haben, ist sozusagen die Verfestigung der Gewissheit bei denjenigen, die innerstädtische Immobilien besitzen, dass eine Rückkehr zu den Prä-Corona-Renditeerwartungen in bestimmten Lagen der Innenstadt für jede einzelnen Fläche nicht mehr realistisch sind. So.

Also wir werden das, was dort an Einzelhandelsmieten teilweise im dreistelligen Eurobereich pro Quadratmeter in bestimmten Spitzenlagen Erlöst worden ist, perspektivisch nicht mehr auf jeder Fläche Erlösen, die wir vorher Erlöst haben, weil wir schlicht nicht mehr diese Einzelhandelsstruktur haben. Alles, was wir so an Marktvorhersagen bekommen, deutet ziemlich deutlich darauf hin, dass wir das auch nicht mehr in der Dichte in innerstädtischen Lagen haben werden. Das ist kein hamburgspezifisches Problem, sondern tatsächlich eines, das letztlich alle innerstädtischen und Zentrumsanlagen betrifft. Das heißt aber natürlich auch, wenn wir diese Flächen haben und diese Flächen erhalten wollen und diese Flächen als öffentlich zugängliche Flächen erhalten wollen, wir andere Formen von Nutzungen dort hineinbringen müssen, Nutzungen, die nicht mehr die gleiche Renditeerwartung der Gebäudebesitzer stützen werden. Die Frage wird sein, ähnlich wie die, die wir vorhin bei Neubauprojekten beschrieben haben: Wie kriege ich auch ein Bewusstsein dafür hin, dass ich Quer- und Mischfinanzierungsformate haben muss, weil es schlechterdings unmöglich ist, von der Stadt zu erwarten, dass wir dauerhaft nicht mehr zu den ursprünglichen Renditeerwartungen vermietbare Flächen mit staatlichem Geld so aktivieren, dass sie genutzt werden können? Daran haben wir kurzfristig natürlich ein Interesse, weil wir bestimmte innerstädtische Belebungsprozesse wieder hinbekommen wollen. Aber am Ende ist es schon Aufgabe derjenigen, die diese Immobilien besitzen, dafür zu sorgen, dass sie die Werthaltigkeit ihrer Immobilien stärken. Dazu gehört natürlich auch, dass wenn ich unter Umständen eine Fläche noch habe, die ich in einer 1a-Lage lukrativ vermieten kann, mir im Zweifel auch Gedanken darüber mache, wie ich im Rest der Flächen, die ich habe, sicherstelle, dass es so belebt bleibt, dass ich diese eine Fläche auch weiterhin so renditestark vermieten kann. Das heißt unter Umständen auch, dass ich andere deutlich unterhalb der bisherigen Erwartungen abgeben muss, um in der Mischkalkulation wieder klarzukommen. So.

Das ist etwas, da sind wir gedanklich noch nicht, weil das ein sehr, sehr erfolgreiches, sehr, sehr selbstgängiges Geschäftsmodell in den letzten Jahrzehnten gewesen ist, wo man einfach wusste, wenn ich so ein Haus besitze, dann muss ich nicht mehr viel machen außer Zählen, wie viel so reingekommen ist. Das ist jetzt eine andere Situation und im Prinzip ist Frei_Fläche auch ein bisschen der Versuch, mit den Immobilienbesitzern in das Gespräch darüber zu kommen, was ginge denn, was wäre plausibel als eine andere Form der öffentlichen Nutzung, was dann auch eine dauerhafte kulturelle und kreative Nutzung ist. Aber die muss sich am Ende ohne einen staatlichen Mitfinanzierungsanteil realisieren und wir können im Prinzip jetzt nur Lust darauf machen, so etwas mal weiter eigenständig auszuprobieren. Je mehr unterschiedliche Modelle wir dafür entwickeln, umso besser ist es. Deswegen bin ich unabhängig von der Beurteilung, wie es jetzt vorher im Vergleich zu nachher oder nachher im Vergleich zu künftig sein wird, erst mal dankbar dafür, dass wir in so einer großen Immobilie wie Jupiter überhaupt mehrere unterschiedliche Modelle ausprobieren können und ja übrigens auch etagenscharf unterschiedliche Modelle. Wenn ich mir das im Erdgeschoss angucke, wo ich im Prinzip jetzt sozusagen eine fast Ladenstruktur habe von unterschiedlichen Akteuren, woanders, wo ich Galeriestrukturen habe, wieder anders, wo ich offene Diskursformate habe, wieder woanders, wo ich Veranstaltungsetagen habe. Wie kriege ich so was in einem offenen, sozusagen eigentlich

nicht multi-tenant gedachten, aber jetzt multi-tenant genutzten Gebäude überhaupt hin, ist auch das ein Lerneffekt für die Immobilienbesitzer, die eine künftige Nachnutzung unter Umständen auch kreativwirtschaftsnäher ermöglichen können, weil man mehr über das eigene Haus und seine Nutzbarkeit lernt. Insofern, so viel wie möglich Unterschiedliches ausprobieren, halte ich für einen Wert an sich.

Jetzt habe ich doch mehr gesagt, aber ich hoffe, es war keine feuilletonistische Oberflächenbetrachtung. Egbert Rühl kann aber viel mehr zur praktischen Nutzung der Flächen sagen.

Herr Egbert Rühl: Ja. Vielen Dank. Wenn Sie erlauben, noch ein Wort zum Veringkanal. Es ist ja nicht so, dass in dieser Zeit nichts passiert ist, sondern die Nutzer der Zinnwerke sind dauerhaft stabil an diesem Ort und arbeiten und wirken auf diesen Flächen. Wie viele von den Flächen, die sie nutzen, sie bezahlen, entzieht sich meiner Kenntnis, aber sie sind dauerhaft da und werden wohl auch dauerhaft bleiben. Also, dass dann in dieser Zeit nichts passiert ist, kann man einfach nicht sagen.

Kommen wir zum Jupiter: Schönheit liegt natürlich im Auge des Betrachters, auch an dieser Stelle, Senator Brosda hat es erwähnt. Wir haben es mit zwei sehr unterschiedlichen Ansätzen für die Nutzung zu tun, im zweiten Halbjahr 2022 haben wir ja aus der Not eine Tugend gemacht. Die Not war die, dass wir sehr kurzfristig nach sehr langen Verhandlungen mit dem Eigentümer Zugriff auf dieses Gebäude gehabt haben und davon ausgegangen sind, dass wir das ein halbes Jahr zur Verfügung stellen konnten. Die einzige Möglichkeit, unter diesen Rahmenbedingungen eine Belegung zu organisieren, war sozusagen ein First-come-first-serve-Prinzip. Wir haben alle Akteure eingeladen, sich diese Flächen anzueignen und was daraus entstanden ist, haben Sie alle erlebt und finden das unterschiedlich lebhaft oder vielleicht auch chaotisch, das sind ja die Worte, die wir hier gehört haben. Als dieses Programm dann aus unserer Sicht etwas zu kurzfristig verlängert worden ist Ende November 2022, waren wir natürlich gerade in der Phase, die Nutzung wieder sozusagen abzubauen. Und wir haben dann die Erfahrungen aus diesem ersten halben Jahr genutzt, um sozusagen ein neues Konzept für den Jupiter auszuprobieren, haben uns auch ein bisschen Zeit genommen, die Nutzung mehr zu kuratieren. Das, was Sie dort jetzt sehen, ist natürlich eine andere Nutzung. Ich finde, eine Nutzung, die deutlich mehr auch künstlerische Qualität zeigt, die auch deutlich mehr sozusagen Qualität im Hinblick von Tanzlustbarkeiten und derlei Dingen zeigt. Wir sind jetzt auch gerade dabei, das Thema Kindernutzungen noch mal auszuprobieren, was ein großes Thema in der inneren Stadt ist, weil es ja tatsächlich diese Art von Nutzungen nicht gibt. Jetzt können Sie mich natürlich fragen, was hat die Kreativ Gesellschaft eigentlich damit zu tun. Aber das sind so kleine Randthemen, mit denen wir uns auch beschäftigen, wenn wir uns mit Transformation von Kaufhäusern beschäftigen. Also ich kann sehen, dass wir diese Chance genutzt haben, zwei unterschiedliche Konzepte auszuprobieren und wir wägen natürlich ab, welche dieser Konzepte aus unserer Sicht die besseren sind. Sie sind sehr unterschiedlich und vielleicht belassen wir es dabei.

Am Ende möchte ich noch mal sagen: Was uns tatsächlich gelungen ist mit diesem Freiflächenprogramm, ist, dass wir mit fast jedem Einzelnen der Akteure der großen Immobilienunternehmen, die hier deutschlandweit und zum Teil weltweit agieren, in einen Austausch gekommen sind, weil die alle dieses Freiflächenprogramm, diese Nutzung des Jupiters, sehr spannend finden und im Moment mit uns gerade darüber reden, wie sie auch Objekte, die sie ja gerade in Hamburg bearbeiten, wie sie diese Objekte mithilfe unserer Erfahrungen so nutzen können, dass sie in diese Fallen sozusagen einer monokulturellen Nutzung oder einer monostrukturellen Nutzung, wie das Kaufhäuser vorsehen, nicht mehr tappen. Ob sich nutzbare Ergebnisse für die Kultur, die Kunst und die Kreativwirtschaft daraus ergeben werden, werden die Gespräche in den nächsten Tagen und Wochen zeigen. Ich bin wie immer einigermaßen zuversichtlich.

Vorsitzende: Ja. Vielen Dank. So. Jetzt so eine kurze Zwischenmeldung oder -warnung. Jetzt ist es 15.40 Uhr, die Sitzung ist wie immer anvisiert bis 16 Uhr, nur damit es alle so mitdenken, und wir haben zumindest noch den Tagesordnungspunkt Verschiedenes. Auf meiner Liste habe ich aber noch Herrn Müller, bitte schön.

Abg. Farid Müller: Ja. Ich habe noch mal eine Frage zur ..., das ist ja auch der Kern der Problematik, den wir ja heute wälzen. Senator Brosda hat das gerade eben schon ein bisschen ..., noch mal die Problematik beim Neubau geschildert. Ich hatte aber auch hieraus gehört den Willen des Senats, den ich sehr unterstütze, dass wir bei einer weiteren Stadtentwicklung nicht mehr auf getrennte Gebiete setzen, sondern wieder auf gemischte Nutzungen. Also das ist der Wille. Die Realität sieht meiner Ansicht nach zumindest bei der Lückenbebauung und bei, ja, sozusagen der Nachverdichtung so aus, dass der Wohnungsbau eher im Erdgeschoss nicht an gewerbliche Nutzung denkt momentan. Ich weiß nicht, ob es da vielleicht Erkenntnisse in der Stadtentwicklungsbehörde gibt dazu.

Ich habe das Gefühl, in der HafenCity, als sozusagen groß geplante Stadtteilentwicklung, ist das besser gelungen und würde einfach noch mal fragen wollen, wenn es denn diesen Wunsch gibt, und grundsätzlich die Bezirke das auch so sehen, ob es denn irgendeine Vorgehensweise gibt, wie man die Wohnungsbaugesellschaften dazu bringen kann, wenn sie denn jetzt bauen, das zu berücksichtigen, oder ob es überhaupt ein Vorgehen da gibt oder es reiner Zufall in den Bezirken ist. Das ist der eine Punkt.

Der andere Punkt ist: Meine Wahrnehmung ist auch, dass nun gerade den Klubs beim Neubau nicht geholfen ist, weil die Kosten, die sie da zu tragen haben, eigentlich das Geschäftsmodell momentan nicht hergibt, außer man hat die berühmte sozusagen Querfinanzierung in größeren Komplexen, wo man sagt, okay, ein Teil ist dann eben etwas günstiger in der Vermietung und der andere Teil etwas höher. Meine Wahrnehmung ist nicht, dass das momentan sehr oft vorkommt in der Stadt. Und dann, wenn das aber so ist, wird hier immer auf die Bestandsimmobilie momentan geguckt und da sind wir wieder bei dem Thema Freiflächen und so weiter. Also eigentlich engen sich ja die Optionen, und gerade bei den klassischen Live-Musik-Klubs, eigentlich ziemlich ein in der Frage. Deswegen wollte ich noch mal fragen: Wenn es nun so eingeengt ist und wenn der Senat diese Einschätzung teilt, müssten wir ja eigentlich bei diesem Programm Frei_Fläche, meinerwegen auch Zwischennutzung – wobei ich glaube, gerade bei Live-Musik-Klubs ist das nicht der richtige Weg – sozusagen noch mal überlegen, wie wir das intensivieren können.

Vorsitzende: Ja. Vielen Dank. Herr Senator und danach kommt noch mal Herr Hackbusch.

Senator Dr. Brosda: Ich fange mal mit der zweiten Frage an, weil, zur ersten Frage kann sozusagen Frau Thomas dann, glaube ich, berichten. Also tatsächlich stellt sich das Thema der Frage der Kosten nicht nur bei Neubau, sondern natürlich auch bei der Sanierung am Altbau. Da haben wir es ehrlicherweise genauso. Wenn wir uns das jetzt angucken, dazu könnte Herr Zünke berichten, wenn er jetzt sozusagen Gruenspan und Indra zu sanieren hat und das so macht, dass das dann nach Anfassen des Gebäudes den heutigen Vorgaben der TA Lärm entspricht, bin ich dann auch sozusagen in Dimensionen von Investitionen, die am Ende, wenn ich daraus einen realen Mietpreis errechne, sicherlich zu interessanten Gesprächen mit den Klubbetreibern führen würden, weil die dazu zumindest ein Geschäftsmodell ..., das eigentlich darauf angewiesen ist, an der Bar ausreichend Getränke zu verkaufen. Denn ich weiß, über die Tickets an der Kasse kann ich angesichts der Größe der Location sowieso nicht mehr ausreichend Geld einnehmen, um das noch bezahlbar zu machen, vor allen Dingen bei den jetzigen

Kostensteigerungen, die ich im Veranstaltungsbereich ja auch noch mal spezifisch habe, weil mir Fachkräfte fehlen und weil das dort noch mal eine besondere Situation hat.

Das ist schon sozusagen nahe am perfekten Sturm und die Schwierigkeit wächst eher daher sehr grundsätzlich, dass eben das Modell, nach dem diese Klubs überall in der Republik früher mal entstanden sind, nämlich in den Bereichen von Stadt, wo ich nicht zwingend nebenbei sozusagen eine sensible Wohnbevölkerung habe, wo aber einfach Zwischenräume waren, die nicht entwickelt waren, die so ein bisschen sozusagen im toten Winkel der Stadtentwicklung gewesen sind. Also einer der Klubs, in dem ich, sage ich mal, meine Zeit im Ruhrgebiet verbracht habe, das war sozusagen auf einem Güterbahnhofsgelände. Da haben wir sozusagen niemanden gestört, es hätte wahrscheinlich auch niemals jemand mitgekriegt, wenn dieser Klub irgendwie aufgeraucht wäre, weil drei Tage lang da keiner vorbeigekommen wäre, also ideale Voraussetzungen. Heute existiert dieses Gelände gar nicht mehr, sondern ist wohnbebaut. So.

Das ist jetzt ein Beispiel aus einer völlig anderen Stadt, das habe ich aber natürlich hier in ähnlicher Art und Weise auch. Selbst wenn ein solches Gebäude denkmalgeschützt wäre, deswegen stehenbleiben muss und die Wohnbebauung sich drum herum entwickelt, ist natürlich dann irgendwann einfach die Lärmemission das Thema, das ich mit der Nachbarschaft habe. Und wenn ich dann ein denkmalgeschütztes Gebäude sozusagen versuche so zu sanieren, dass es Lärmschutzerfordernisse hat, dann ist es auch entsprechend teuer. Das heißt, das ist gar nicht eine Frage, die spezifisch ist. Es geht eher darum tatsächlich, sich anzugucken, kann ich Wohnungsbauprojekte oder sozusagen Bauprojekte insgesamt so schneiden, dass sie insgesamt eine Werthaltigkeit bekommen, die eine Querfinanzierung innerhalb der Gesamtanierung dann hinbekommen. Also, wenn ich beispielsweise eine Hinterhofffläche habe, die ich mit Wohnungen bebauen kann sozusagen, kann ich damit so viel Gewinn machen, der abgeworfen wird, der es mir ermöglicht, die Fläche vorn so herzurichten und den Mietpreis in einer Dimension zu halten, die es dann weiterhin ermöglichen, dort eine kulturelle Nutzung hinzubekommen. Dass wir dort jetzt perspektivisch überall einen Zuwendungsgeschäft organisieren nach dem Muster, wir als Stadt treten ein und werden quasi zum Zuwendungsgeber privatwirtschaftlich betriebener Musikklubs, ist glaube, noch nicht mal etwas, was die Musikklubs so richtig wollen, weil ich mir nicht sicher bin, dass sie mit uns als institutionellem Zuwendungsgeber tatsächlich etwas zu tun haben wollen, da entwickelt Staat ja auch komische Ideen. Insofern hoffe ich, dass wir das anders hinbekommen und eher sozusagen Flächen dauerhaft schaffen durch kluge Instrumente, die dann aber weiterhin autonom und eigenständig nutzbar sind aus einer privatwirtschaftlichen Perspektive heraus.

Das ist die Aufgabe, die ist gar nicht mal nur eine Neubau/Altbau-, sondern eine sehr prinzipielle Fragestellung. Bei dem Neubau kann ich teilweise fast umgekehrt zumindest die schallschutztechnische Entkopplung sehr gut machen, wenn ich eine Souterrainlage entsprechend angemessen entwickle und die von vornherein gut abkoffere gegen den Rest des Gebäudes. Das geht dann schon, das ist manchmal sogar preiswerter, als wenn ich einen Altbau habe, bei dem ich dann noch Denkmalschutzvorgaben berücksichtigen muss, die dann ja manchmal auch sozusagen der einfachen Version der Dämmung entgegenstehen.

Zum Thema sozusagen, wie gehen wir um mit den Erdgeschosslagen, nur eine jetzt doch feuilletonistische Bemerkung vorneweg, bevor dann sozusagen Monika Thomas was dazu sagen kann: Ich freue mich, dass die HafenCity so eingeschätzt wird. Meine Vorgängerin hat mal gesagt, als sie da weggezogen ist, dass sie es nicht aushält, in einem Stadtteil zu wohnen, in dem die einzige kulturelle Nutzung der Edeka ist. Insofern finde ich das schon ganz gut, wenn wir mittlerweile an einer anderen Einschätzung der HafenCity angekommen sind, was aber tatsächlich eine Menge damit zu tun hat, dass man in den

letzten Jahren bei den Vergaben tatsächlich dafür gesorgt hat, dass man sagt, die Erdgeschossfläche wird entsprechend kulturell sozusagen, und zwar querfinanziert, durch das gesamte Gebäude dann eben auch entsprechend so nutzbar gemacht, dass dort entsprechende Nutzungen auch einziehen können. Das ist schon etwas, was aber, glaube ich, auch ein Lerneffekt in der HafenCity gewesen ist, der sich jetzt in den nächsten Jahren bei den jetzt noch zu entwickelnden Gebäuden insbesondere zeigen wird. Aber so viel zur Seite gesprochen, Frau Thomas.

Staatsrätin Thomas: Ja. Was soll ich jetzt noch sagen? Nein. Ich würde gern auch noch mal aus Sicht der Stadtentwicklung draufgehen. Es ist uns ein ganz besonderes Anliegen, wirklich diese Mischung – es kann auch mal der Hinterhof sein oder eine Randecke, es sind manchmal die Erdgeschosse – wirklich auch zu planen und zu initialisieren. Das Ganze ist nicht einfach, weil wir etwas planen, was ungeplant sein soll. Das kommt ja dazu. Also, wenn ich Kreativität, wenn ich kulturelle Einrichtungen fördern will, darf ich eigentlich auch nicht genug Vorgaben machen. Das heißt: Das, was die HafenCity zum Beispiel macht, was auch an anderer Stelle sehr oft gemacht wird, ist, auf der einen Seite Räume so zu denken, dass sie dieses Potenzial haben, also höhere Geschosse, wo man auch mal mit Galerien oder Ähnlichem arbeiten kann. Oder eben bestehende Räume in einem Gebiet zu erhalten, auch wenn sie vielleicht schon ein bisschen bruchfällig sind oder so, um hier so ein Potenzial zu entwickeln. Das sind eigentlich diese Incentives, die wir versuchen zu setzen in der Planung, um dieses in Zukunft zu ermöglichen.

Das eine ist die Planung, die andere Seite ist natürlich auch, das zu finanzieren. Das heißt, wenn so etwas finanziert wird und nicht finanziert werden soll über eine öffentliche Kofinanzierung – was eigentlich nicht gut ist, weil das auch wieder, ich sage einmal, Regeln und so weiter mit sich bringt und Freiheit beraubt von den Nutzungen, die dort stattfinden sollen –, dann braucht es natürlich eine Finanzierung auf der anderen Seite. Die HafenCity finanziert natürlich solche Flächen darüber, dass es an anderer Stelle irgendwo sich auch wieder rechnen muss. Sie hat natürlich einen exklusiven Ort, auch exklusiver als in manchen Bereichen, wo das nicht so zu finanzieren ist. Und ich kenne unheimlich viele städtebauliche Verträge in den Bezirken, wo das wirklich festgeschrieben wird, wo man versucht, halt mit den Projektentwicklern auszuhandeln, diese Potenziale und Freiräume auch vorzuhalten und zu entwickeln. Manchmal klappt es, darüber spricht man eigentlich selten, aber ganz oft klappt es nicht, weil es dann irgendwo daran scheitert, dass es finanziert werden soll. So.

Ich würde gern noch mal so diesen Blick öffnen, weil ich glaube, der Kulturbereich und die Stadtentwicklung machen in diesem Bereich unheimlich viel. Sie kennen alle unsere Städtebauförderungsgebiete, die heißen hier RISE, und in jedem RISE-Gebiet sind auch solche Entwicklungen drin, die im Prinzip etwas unterstützen, was nicht usual ist, also was nicht die Kita ist, was nicht, ich sage mal, soziale Institutionen sind, die auch einer Finanzierungsvorgabe, sage ich jetzt mal, unterliegen oder sich refinanzieren. Wir haben dieses – Herr Rühl, hat es ja intensiv berichtet – über die Kreativ Gesellschaft, mit der wir sehr stark in der Diskussion sind oder auch in der Umsetzung sind. Wir haben dieses Projekt Verborgene Potenziale entwickelt, hamburgspezifisch entwickelt. Wie der Name schon sagt – es heißt ja nicht irgendwie einfach nur so, sondern es heißt und es hat konkret den Namen Verborgene Potenziale, um diese verborgenen Potenziale zu entdecken, zu sichern, hierfür ein Managementwesen zu erarbeiten. Das bezieht sich jetzt auf die Hamburger Innenstadt, um die Hamburger Innenstadt vielfältiger zu machen. Denn man merkt, es wäre schön, und ich finde, dass Corona auch so ein Indiz dafür ist, und dass Innenstädte nicht gut funktionieren, wenn sie zu sehr monostrukturiert sind. Also die Menschen kommen auch in Zukunft weniger, um nur erst mal einzukaufen. Sie kommen sicherlich, um konsumieren zu wollen, aber Konsum heißt ja auch andere Arten zu konsumieren, eben auch eine kulturelle Vielfalt zu konsumieren.

Ich würde gern auch noch mal einen Blick darauf werfen, ich habe jetzt nur zwei, drei Beispiele genannt, wo wir unterwegs sind und versuchen, auch das immer zu implementieren, immer mitzudenken und auch zu gucken, wie kriegt man das auch direkt, indirekt finanziert. Ich glaube, es ist in der Beziehung auch noch mal das Magistralen-Projekt. Wenn Sie sich ..., sie haben sich in den Bezirken schon damit befasst, Sie haben die Konzepte jetzt gesehen. Natürlich ist dies ein ganz wichtiger Punkt auch, um hier die Nutzungsvielfalt entlang den Magistralen, entlang den Hauptverkehrsstraßen, wo eben auch per se eine etwas stärkere Geräuschkulisse vorhanden ist, hier auch diese Potenziale mit zu entdecken und künftig mit zu realisieren.

Also das sind jetzt noch mal eine Handvoll Beispiele, es gibt eine ganze Reihe mehr. Sie haben Wilhelmsburg angesprochen. Wenn ich sehe, wie die IBA mit Akribie dabei ist, hier diese Nutzungsvielfalt in diesem neuen Potenzial auch zu integrieren und immer mitzudenken, wenn Menschen sich auch dort setteln, wenn sie neue Wohnungen finden und so weiter, eben auch diese kulturellen Einrichtungen meistens in bestehenden, leerstehenden Einrichtungen anzubieten, dann machen wir da, glaube ich, sehr viel. Es ist auch gut, das nicht immer so publik nach außen zu machen, weil das auch nicht unbedingt eine Garantie dafür ist, weil das immer Projekte auch sind, die so an den Möglichkeiten entlangschliddern, das zu ermöglichen, aber auch nicht zu sehr zu kontrollieren, weil dann geht oft die Kreativität vorbei. Das ist vielleicht noch mal so eine Reihe von Beispielen, um den Blick dafür zu öffnen, was auch schon alles passiert.

Vorsitzende: Vielen Dank. Herr Hackbusch, dann sind Sie jetzt dran.

Abg. Norbert Hackbusch: Wir sind ja, wollen wir mal sagen, jetzt am Ende und müssen es zusammenkriegen. Natürlich ist es so: Wir sind natürlich skeptischer als Sie im Zusammenhang mit dem, was bisher erreicht worden ist. Ich finde, die Aufgaben, die insgesamt ..., also zeigt ja auch noch mal, dass viele von den konkreten Darstellungen, die in der Anhörung hier dargestellt ..., also praktisch uns ja auch erreicht haben, immer noch in diesem Spannungsfeld vorhanden sind und natürlich auch, finde ich, politisch genutzt werden sollten, ja auch gerade im Zusammenhang mit vielfältigen Schwierigkeiten, die wir in dieser Stadt haben. Sie haben selbst angeführt das Beispiel der Hamburger Innenstadt. Wir selbst wissen, dass im Zusammenhang meinerwegen mit so etwas wie Wilhelmsburg ... Ich will als Beispiel nur weiter sagen: Für die Entwicklung meinerwegen der Harburger Innenstadt wäre es absolut dringend notwendig und sehr angesagt, dort kulturelle Impulse stärker machen zu können.

Das will ich jetzt aber gar nicht alles ausführen. Ich finde, dass es dort eben gute Chancen gibt und auch wichtige Aufgaben. Wir werden deswegen in die Bürgerschaft, wenn wir diesen Bericht besprechen, einen Antrag einbringen, in dem wir praktisch die wesentliche Anregung, die ja auch als Instrument vorgeschlagen worden ist vom Clubkombinat, also ein Bündnis für kulturelle Freiräume, dass dies in dieser Stadt errichtet werden sollte im Zusammenhang mit der Kulturbehörde, nach unserer Auffassung auch mit finanziellen Mitteln ausgestattet werden sollte. Wir würden das dann diskutieren und einbringen können in dem Augenblick, wo der Bericht, den wir hier praktisch abschließend dann in der Bürgerschaft behandeln werden, wahrscheinlich nach den Sommerferien.

Vorsitzende: Ja. Vielen Dank, Herr Hackbusch. Ja, Herr Schmidt.

Abg. Hansjörg Schmidt: Zum Abschluss wollte ich dann auch noch mal von unserer Seite sagen, das, was wir am Anfang ja auch gesagt haben, dass uns der begonnene Dialog sehr, sehr wichtig ist und dass wir natürlich auch versuchen wollen, das zu institutionalisieren, und wir dazu dann sicherlich auch, wenn wir jetzt hier schon bei großen Ankündigungen sind, so wie Herr Hackbusch das gemacht hat,

(Abg. Norbert Hackbusch: Große Ankündigungen!)

das, was politische Initiativen betrifft, das auch sicherlich dann in die Richtung mit einer politischen Initiative begleiten werden, um eben den Faden aufzunehmen und ihn weiter zu einem ernsthaften Gesprächsfaden zu kneten. Ob das unbedingt im Rahmen einer größeren Kommission sein muss oder vielleicht ein runder Tisch schneller zu Ergebnissen kommt, das diskutieren wir gerade. Aber dazu werden wir sicherlich uns verhalten.

Vorsitzende: Herr Gögge.

Abg. René Gögge: Ja. Da kann ich mich den Worten meines Vorredners anschließen, auch uns ist das natürlich ein ganz wichtiges Anliegen, dass der Gesprächsfaden auf jeden Fall erhalten bleibt. Wir haben heute ja sozusagen schon live miterleben dürfen, wie schon Prozesse zwischen BKM, Bezirken und BSW gestrafft werden, da erhoffen wir uns natürlich viel auch von mehr oder weniger institutionalisierten Zusammenkünften. Das wollen wir aber natürlich auch sehr zeitnah auf die Beine stellen und nicht als sozusagen bürokratisches Monstrum und deshalb, ja, sind wir auch sehr interessiert daran, einen Impuls zu setzen, aber eine unbürokratische, schlanke Lösung für diesen Austausch zu finden.

Vorsitzende: Vielen Dank. Möchte der Senat dazu auch noch drei Worte sagen?

Senator Dr. Brosda: Also, was die Bürgerschaft beschließt, das muss ja die Bürgerschaft entscheiden, da kann der Senat jetzt nicht so richtig viel zu sagen. Aber ich habe ja schon angekündigt, dass wir uns im Rahmen von diversen Formaten zwischen Stadtentwicklungsbehörde und Kulturbehörde, aber sicherlich auch unter Beteiligung der weiteren, bereits genannten ebenfalls betroffenen städtischen Akteure, um dieses Thema weiter kümmern werden, weil vollkommen klar ist aus unserer Sicht, dass eine Stadt sich nur dann ernsthaft Kulturstadt nennen kann, wenn sie auch die Räume für kulturelles Arbeiten und kulturelles Erleben ermöglicht. Dass das nicht einfach ist und dass man das nicht einfach geschehen lassen kann, sondern sich darum in einer sich verdichtenden Stadt intensiv kümmern muss, das ist in der Anhörung noch mal deutlich zutage getreten, war vorher, glaube ich, auch allen Beteiligten schon bewusst, aber hat noch mal an Schärfe gewonnen dadurch. Wenn wir die Unterstützung der Bürgerschaft auf diesem Weg bekommen, dann geht sich der leichter.

Vorsitzende: Vielen Dank. Also ich muss sagen, ich bin ja auch Mitglied im Stadtentwicklungsausschuss, heute, diese Ausschusssitzung, wo die beiden Themen zusammenkamen, hat mir wirklich sehr viel Spaß gemacht, ich hoffe, allen Beteiligten auch. Der beste Satz, den ich mir notiert hatte, war, Lösungen finden im Sinne des Ziels. Das wäre ja alles schon mal ganz prima. Gut.

Es haben natürlich alle Fraktionen die Möglichkeit, zur nächsten Bürgerschaft einen Antrag einzubringen. Ansonsten sehe ich aber keine weiteren Wortmeldungen und schließe hiermit die Beratungen zu diesem Thema und schließe auch diesen Tagesordnungspunkt. Ich bitte die Bürgerschaft natürlich, von unseren Beratungen dann Kenntnis zu nehmen.

Zu TOP 2

Hierzu gab es keine Beiträge.

<p>Gabi Dobusch (SPD) (Vorsitz)</p>	<p>Norbert Hackbusch (Fraktion DIE LINKE) (Schriftführung)</p>	<p>Dr. Monika Potzta (Sachbearbeitung)</p>
---	--	--